

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3,00, monatlich 1,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepalte Seite oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 99.

Montag, den 29. April 1918.

25. Jahrg.

## Die dritte Kriegsteuer-Aktion des Deutschen Reichs.

III.  
Außer den Getränkesteuern bildet die Erhöhung und Erweiterung der Warenumsatzsteuer das wichtigste Stück in dem Steuerbündel der Regierung. Sie ist auch das Mittelglied zwischen den Konsum- und Verkehrssteuern, denn sie belastet sowohl den Konsum wie den Verkehr, indem sie letzteren mit allerlei schweren Belastungen belegt, ersteren aber dadurch trifft, daß selbstverständlich in weitaus den meisten Fällen die Steuer, die vom Verkäufer nominal getragen wird, von vornherein in die Preise hineinkalkuliert wird, was um so leichter ist in einer Zeit, da der allgemeine Mangel an allen Bedarfsartikeln den Käufer sowie schon dem Verkäufer auf Gnade oder Ungnade überantwortet hat. So wird die Umsatzsteuer zu einer unmittelbaren Neubelastung der Verbraucher, und zwar für jede Art des Verbrauchs, einerlei, ob die fraglichen Nahrungs- und Genussmittel oder sonstige Bedarfsartikel schon für sich mit Steuern belegt sind oder nicht.

Was diese Steuer volkswirtschaftlich noch bedenklicher macht, ist der Umstand, daß sie sich im Laufe des Entwicklungsganges eines Produktes und seines Vertriebs multipliziert. Ein Beispiel: Der Landwirt, der Schafzucht treibt, muß die Steuer für den Erlös der Wolle zahlen, der Wollgroßhändler beim Verkauf an die Spinnerei, diese bei Weitergabe ihres Produktes an die Weberei oder Wirkerei, diese wieder beim Verkauf an den Großhändler, letzterer zahlt beim Absatz an den Kleinhändler und dieser endlich beim Verkauf an den Verbraucher. Bis das fertige Erzeugnis an den Verbraucher gelangt, hat es also je nach der Zahl der Zwischenstufen, die sich noch vermehren kann, die Steuer mehrfach zu tragen, die sich also zu einem beträchtlichen Betrage summieren kann. Die Regierung versucht freilich in der Begründung der Vorlage zu beweisen, daß das nicht so schlimm sei; sie geht in einem Beispiel, für das sie bezeichnenderweise nicht den vorgeschlagenen Steuerfuß von fünf vom Tausend, sondern eins vom Hundert zu Grund legt, von dem Preis eines fertigen Wäschestüdes im Betrage von 120 Mk. aus und berechnet, daß, wenn die verwendete Menge Rohbaumwolle 10 Mk. gekostet hat, auf den sechs Steuerstationen zusammen 2,80 Mk. Steuer für das fertige Wäschestück herauskommen, also nicht sechsmal 1 v. H., sondern nur 2,3 v. H. In Wirklichkeit beweist das Beispiel nur die Tatsache der Verdreifachung der Steuer, die also durchweg beim Uebergang der Artikel in den Verbrauch erheblich höher sein wird als die vorgesehenen 5 vom Tausend.

Als vor zwei Jahren hauptsächlich auf Betreiben des Zentrums der von der Regierung vorgeschlagene Quittungsstempel durch die Warenumsatzsteuer ersetzt wurde, griff der damalige Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich eifrig zu, ganz offenbar in der Erwägung, daß diese Steuer sehr ausbaufähig sei. Darin lag gerade die große Gefahr dieser Steuerart. Mit 1 vom Tausend fing sie an und ihre Zulässigkeit wurde damit motiviert, daß eine so geringe Belastung leicht zu ertragen sei. Jetzt will die Regierung die Steuer auf 5 vom Tausend erhöhen, sie also vervielfachen und die Regierung arbeitet in der Begründung schon zukünftigen weiteren Erhöhungen vor, indem sie sich auf Stimmen aus Industrie und Handel beruft, die Steuerfüße von 1 vom Hundert, ja selbst von 2 vom Hundert für erträglich erklärt hätten. Die jetzige Erhöhung soll eine runde Milliarde einbringen; eine nochmalige Verdoppelung ergäbe also eine weitere Milliarde. Und so könnte nach der Auffassung der Regierung das liebliche Spiel beliebig fortgesetzt werden.

Die Umsatzsteuer soll aber auch anderweitig eine Erweiterung erfahren dadurch, daß in Zukunft nicht nur die Lieferung von Waren, sondern auch gewerbliche und berufliche Leistungen der Besteuerung unterliegen sollen. Voraussetzung ist, daß für Leistungen wie für Lieferungen der Gesamtbetrag der daraus fließenden Einnahmen 2000 Mk. beträgt. Reparaturarbeiten der Handwerker, Honorare der Ärzte, Rechtsanwältinnen und Schriftsteller sollen also in Zukunft auch der „Umsatzsteuer“ unterliegen. In manchen gerade dieser Fälle wird eine Umwälzung auf den „Käufer“, die die Vorlage zum Grundsatze erhebt, unausführbar sein.

Eine fernere „Entwicklung“ soll die Umsatzsteuer dadurch erfahren, daß für gewisse Luxusgegenstände eine sehr viel höhere Steuer, nämlich 10 und 20 Prozent vom Kleinhändlerpreise erhoben werden soll. 20 Prozent sollen zahlen Edelmetalle, Perlen und Edelsteine; 10 Prozent Werke der Plastik, Malerei und Graphik, sowie Kopien und Vervielfältigungen solcher Werke, sofern der Preis 300 Mk. überschreitet; Antiquitäten, photographische Handapparate, Flügel, Klaviere und Harmonium, Handwagen, Land- und Wasserfahrzeuge mit motorischer Kraft oder für Vergnügungs- und sportliche Zwecke, wenn sie mehr als 800 Mk. kosten; Teppiche im Preise von über 200 Mk. und zugerichtete Tische zur Herstellung von Pelzwerk. Wie eine solche Luxussteuer wirken wird, läßt sich im voraus nicht positiv feststellen. Die Herren Kriegsgewinnler,

die einen Teil ihres leichtgewonnenen Reichtums in Luxusgegenständen anlegen, um ihn der Kriegsteuer zu entziehen, werden sich wohl auch durch die Luxussteuer davon nicht abhalten lassen; im übrigen dürfte aber dadurch manchem Künstler die Absatzmöglichkeit für die Erzeugnisse seiner Kunst erheblich eingeschränkt werden, wenn auch die Originalwerke lebender oder innerhalb der letzten fünf Jahre verstorbenen deutscher Künstler nicht der erhöhten Steuer unterliegen sollen.

Alles in allem entpuppt sich die erhöhte und erweiterte Warenumsatzsteuer immer mehr als ein grobes rohes Steuermachwerk, das die volkswirtschaftlichen Wirkungen dieser steuerpolitischen Eingriffe völlig unberücksichtigt läßt.

Wie bei der Umsatzsteuer, so zeigt sich auch bei der Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren die Wahrheit des Wortes, daß nur der erste Schritt Ueberwindung kostet, wenn man bei der Regierung vielleicht auch zweifeln kann, ob bei ihr Selbstüberwindung überhaupt nötig war. Einst hieß es: Wir leben im Zeichen des Verkehrs. Jetzt leben wir im Zeichen der Verkehrsverteuerungen und -Erhöhungen. Schon durch das Gesetz von 1916 wurden Reichsabgaben auf die Friedensstarife gesetzt. Sie sollen jetzt fast durchweg eine Erhöhung erfahren. Briefe im Ortsverkehr sollen bis 20 Gramm 10 Pfg., über 20 bis 250 Gramm 15 Pfg. Porto, Postkarten im Fernverkehr 10 Pfg. Auch auf Drucksachen, die bisher von der Reichsabgabe frei waren, soll sie in Stufen bis 50, 100 und 250 Gramm mit 2, 2½ und 5 Pfennig erhoben werden. Auch Geschäftspapiere, Warenproben und Mischsendungen werden mit einer Reichsabgabe von 5 Pfg. belegt. Ebenso soll der Paketverkehr mit einer um 10 bis 30 Pfg. erhöhten Abgabe belegt werden, desgleichen Telegramme mit 3 Pfg. für jedes Wort und Postanweisungen mit 5 und 10 Pfg.

Natürlich werden diese Neubelastungen des Postverkehrs seiner Ausdehnung, die nicht nur wünschenswert, sondern auch volkswirtschaftlich notwendig ist, sehr hinderlich sein. Das alte verständige Prinzip, die Einnahmen aus dem Verkehr durch dessen Entwicklung zu fördern, ist von der Regierung völlig aufgegeben. Dafür kann auch die Entwertung des Geldes durch den Krieg keine ausreichende Rechtfertigung abgeben.

Bei der gewählten Methode, gewaltige neue Reichseinnahmen durch starke Erhöhung schon bestehender Steuern zu beschaffen, konnte die Regierung unmöglich an den Börsensteuern vorbeigehen. Wo alles „bluten“ soll, kann die Börse nicht ungehört bleiben. Und so sollen denn auch die Börsensteuern eine Erhöhung und Erweiterung erfahren. Dabei kommt die Regierung mit ihren Erhöhungsvorschlägen der eigentlichen Geschäftsmacherei an der Börse dadurch entgegen, daß in Zukunft bei der Besteuerung unterschieden werden soll zwischen Geschäften der gewerblichen Wertpapierhändler und den Selbstkäufern, die Wertpapiere als zinstragende Anlage kaufen oder um am etwaigen Kursgewinn zu profitieren. Für letztere sollen ermäßigte Steuerfüße gelten. Außerdem sollen diese aber nach der Art der Wertpapiere differenziert werden. Danach ergeben sich an Steuerfüßen für:

	Voller Satz	Ermäßigter Satz
Kriegsanleihen	7/10 v. Z.	1/10 v. Z.
Anderer Reichs- u. Staatsanleihen	7/10	1/10
Ausländische Staatsanleihen, Kommunalanleihen, Hypotheken-		
Wandbriefe u. c.	7/10	1/10
Industrie-Obligationen	7/10	1/10
In- und ausländische Aktien u. c.	3	5/10

Völlig neu ist dabei die Besteuerung der Geschäfte mit Kriegsanleihen und anderen Reichs- und Staatsanleihen, die bisher steuerfrei waren. Wichtiger aber ist die Erhöhung des Schlussnotenstempels für den Börsenhandel mit Aktien, der bisher drei Zehntel vom Tausend betrug und für die Kundenkäufe auf fünf Zehntel vom Tausend erhöht werden soll. Eine weitere Erhöhung des Grundkapitals bei solchen Gesellschaften. Eine von Aktien- und Kommanditgesellschaften usw. und für die Erhöhung des Grundkapitals bei solchen Gesellschaften. Eine Neuerung ist auch die Besteuerung der Geldumsätze bei den Banken, Sparkassen und ähnlichen dem Geldverkehr dienenden Instituten, die nach dem im Laufe des Geschäftsjahres berechneten Zinsen in durchgestaffelten Stufen von 5 v. Z. bis 4 v. H. freigelegt soll. Weiter ist eine Erhöhung der Lantiensteuer um 20 bis 50 Prozent vorgesehen, wobei die stärkere Erhöhung auf die geringeren Summen entfällt.

Die Bedeutung der einzelnen Erhöhungen, wie der verschiedenen Besteuerungen der Börsengeschäfte überhaupt, ist eine nicht gleichmäßig zu bewertende. Im Rahmen des gesamten neuen Steuerbündels betrachtet, sind die Erhöhungen der Börsensteuer noch das Erträglichste. Im Vergleich mit der Erweiterung der Warenumsatzsteuer sind die Erhöhungen der Börsensteuer sehr viel erträglicher, denn deren Höhe reichen an die 5 v. Z. der Warenumsatzsteuer nicht heran. Steuern auf Spekulations- und Gründergewinne hat die deutsche Sozialdemokratie schon in ihrem Jenaer Steuerprogramm für zulässig erklärt. Bei vielen Börsengeschäften handelt es sich um solche Spekulationsgewinne. Ob sie sich reinlich von anderen Geschäften heiden

lassen, mag fraglich sein. Wo es sich aber, wie bei der gegenwärtigen Steueraktion, darum handelt soll, auch die wichtigsten Lebensbedürfnisse mit erhöhter Besteuerung zu belasten, da kann selbstverständlich die Börse keinen Anspruch darauf erheben, daß sie von dieser allgemeinen Besteuerung frei bleibe.

Aufgabe der Sozialdemokratie wird es vielmehr sein, zu versuchen, die an sich notwendige Beschaffung neuer Geldmittel für das Reich noch in eine andere Richtung zu drängen, nämlich dahin, daß der Besitz in höherem Maße zur Besteuerung herangezogen werde. Das ist schon bei den beiden letzten Steueraktionen versucht worden, leider aber nur in ganz geringem Grade gelungen, indem die Kriegsteuer etwas erhöht wurde. Das Verlangen nach einem Ausbau der Erbschaftsteuer, durch den dem Reiche eine reichlich fließende Geldquelle erschlossen werden könnte, blieb unerfüllt. Und doch wäre das nicht etwas Unerhörtes; ist doch schon unter Bülows Verzicht worden, die Nachlasssteuer, d. h. die Besteuerung des Gesamterbes, auch das der Kinder und Ehegatten, einzuführen; ebenso das Erbrecht des Reiches, wenn keine oder nur entfernte Verwandte vorhanden sind. Der Versuch ist am Widerstande der Konservativen und Agrarier gescheitert. Aber heute in der Zeit der Kriegskrisis mühte dieser Widerstand leicht zu brechen sein, wenn die Regierung nur wollte, zumal nicht unbeachtet bleiben kann, daß England uns in der Besteuerung der Erbschaften sehr erheblich voraus ist.

Gleichwohl verhehlen wir uns nicht, daß jetzt, nachdem die Regierung mit ihrer Steuerpolitik nochmals in die ausgetretenen Gesele früherer Zeiten eingelenkt ist, wenig Aussicht besteht, die Steuerreform in eine andere Bahn zu lenken, wenn auch nicht alles in angenommen wird, wie es die Regierung vorgeschlagen hat. Den bürgerlichen Parteien graut allen mehr oder weniger vor dem, was nach dem Kriege kommen muß. Sie sind meist froh, wenn es gelingen sollte, zunächst noch auf den Bahnen der alten Steuerpolitik einen erheblichen Teil der Milliardensummen herauszuholen, deren das Reich insgesamt bedürfen wird, um seinen Verpflichtungen gegen Gläubiger, Invaliden, Witwen und Waisen unserer gefallenen Krieger zu genügen und den wirtschaftlichen Wiederaufbau durchzuführen. Um so leichter erscheint ihnen die unvermeidliche Entregulierung der Finanzen. Und offenbar möchte auch die Regierung sich die Neuregelung der Besitz- und sonstigen direkten Steuern bis zu diesem Zeitpunkte vorbehalten. Damit gehen aber gerade in der Kriegszeit dem Reiche große Summen verloren, die es aus einer gut ausgebauten Erbschaftsteuer hätte gewinnen können, die ihm sicherer und schneller hätten zufließen können, als manche der jetzt beabsichtigten Steuererhöhungen, die zu wirklicher Wirkung erst lange nach dem Kriege kommen können, wenn einigermaßen normale Verhältnisse wieder eingetreten sein werden.

Immerhin ist damit zu rechnen, daß unbedingt an einer schärferen Besteuerung des Besitzes wird herangerechnet werden müssen. Darum soll auch durch das Gesetz gegen die Steuerflucht dem vorgebeugt werden, daß Leute, die schon Vermögen hatten oder im Kriege solche erworben haben, wenn der Krieg und damit das große Geldverdiensten zu Ende ist, sich der Steuerpflicht im Reich entziehen, um im Auslande ihren Reichtum in Ruhe genießen zu können. Nach dem Gesetzentwurf sollen Angehörige des Deutschen Reiches, wenn sie ihren dauernden Aufenthalt im Inlande aufgeben, bis zum Schlusse des fünften Jahres nach Ablauf desjenigen Jahres, in dem der Krieg mit allen Großmächten beendet ist, der inländischen Steuerpflicht in Beziehung auf Personalsteuern unterworfen bleiben. Auch für die Steuern der Gemeinden soll dadurch vorgeorgt werden, daß die bundesstaatlichen Steuern im doppelten Betrage zu erheben sind. Der Steuerpflicht unterliegen auch ehemalige Angehörige des Deutschen Reiches, die nach dem 1. August 1914 eine fremde Staatsangehörigkeit erworben haben.

Zur Sicherstellung dieser Steueransprüche ist der Auswandernde verpflichtet, vor der Aufgabe seines dauernden Aufenthaltes im Inlande für ein Fünftel seines Vermögens Sicherheit zu leisten. Eingehende Bestimmungen regeln die Pflichten, die der Auswandernde zu erfüllen hat, ehe ihm der Austritt aus dem Inlande gestattet wird. Diese Vorschriften gelten jedoch nicht für solche Personen, die sich als öffentliche Beamte im Auslande aufhalten, oder deren Vermögen dreißigtausend Mark nicht übersteigt.

Die dadurch für die Zukunft noch eröffneten Aussichten auf eine möglichst gerechtere Verteilung der gewaltigen Kriegslasten darf für die Regierung nicht als Freibrief dafür gelten, vorerst noch aus dem Konsum und Verkehr herauszupressen, was irgend entfernt möglich erscheint. Und die Parteien, die das wirkliche Volksinteresse vertreten, in erster Linie die Sozialdemokratie, werden sich diesem steuerpolitischen Ausquetschungsprozeß mit aller Entschiedenheit widersetzen müssen. Sie können das um so mehr mit gutem Gewissen tun, als der angedachte Zweck der Steuererhöhungen, im Reichsetat für 1918/19 das Gleichgewicht herzustellen, schon von vornherein verfehlt ist, da die Steuererhöhungen, wie wir dargestellt haben, zum großen Teile erst zu einem viel späteren Zeitpunkt wirksam werden können.



20 Tagen von weittragenden deutschen Geschützen beschossen. Die Beschädigung verursachte 354 Opfer, nämlich 118 Tote und 236 Verwundete. Auf alle Fälle habe die Beschädigung nicht dazu beigetragen, den Wunsch der Pariser Bevölkerung für die Fortsetzung des Krieges bis zum vollen Sieg zu vermindern.

### Die Nichtstimmung der französischen Radikalen.

Die Plenarversammlung der sozialistisch-radikalen Partei hat eine Tagesordnung angenommen, die in politischen Kreisen viel besprochen wird. Der Text spricht das Vertrauen in dem Heldennut der Soldaten aus und bringt in ziemlich gemäßigten Ausdrücken die üblichen Erklärungen, daß der Krieg bis zum Sieg des Rechtes fortgesetzt werden müsse. Von einem Vertrauen in die Regierung ist nicht die Rede. Im Gegenteil, zwei Entschlüsse, die der Tagesordnung angehängt wurden, zeigen eine zunehmende Mißstimmung in dieser großen Partei gegen das Kabinett. Die eine beauftragt die Deputierten der Partei, volle Aufklärung über die Affäre Cernin durchzuführen. In der zweiten Entschlüsse wird das Behauern über die etwas brüske Haltung des Generals Sarrails ausgesprochen.

### Vertrauensvotum für Orlando.

Das Kabinett hat in der Kammer mit 272 gegen 43 Stimmen ein Vertrauensvotum bekommen. Da neben der sozialistischen Opposition eine hitferliche in diesem Augenblick nicht mehr besteht, indem sich die meisten Mitglieder der sozialistischen parlamentarischen Union vor der Abstimmung gedrückt hatten, scheint die Regierung glücklich die Lage zu beherrschen. In Wirklichkeit ist die Debatte in der Kammer das Bild schwerster politischer Stagnation. Ueber die eigentliche politische und Kriegslage wird nicht debattiert, da man zu viel Unersprechliches von Dächern ruhen müßte, was man lieber für sich behält. Man drückt sich daher um die wirklichen politischen Kernprobleme und führt um die wirtschaftlichen Kleinprobleme ein geräuschvolles, aber durchaus harmloses Scheingecht.

Die Kammer nahm ferner mit 247 gegen 69 Stimmen eine Regierungsvorlage an, durch die die Legislaturperiode um ein Jahr, d. i. bis zum November 1919, verlängert wird.

### Die Neuorientierung in Italien.

Die italienische Kammer stimmte der Vorlage betr. Verleihung des Wahlrechts an alle Kämpfer, auch an diejenigen zu, die nach nicht das 21. Lebensjahr erreicht haben. Damit vergleiche man die sogenannte „Neuorientierung“ in Preußen-Deutschland.

### Einnahme von Kars.

Amlicher türkischer Bericht. Valästinaion: Stellenweise Patrouillengehe. Ein feindliches Flugzeug wurde bei Nablus abgeschossen, der Beobachter ist tot, der Führer wurde verwundet gefangen genommen. Kaukasusfront: Untere Kämpfe um Kars führten zu dem Falle der Stellung. 80 Geschütze verschiedenen Kalibers wurden erbeutet.

### Unabhängigkeitsaktion Periens.

Das persische Ministerium des Außen teilte der persischen Botschaft in Konstantinopel mit, daß alle Verträge und Beschlüsse, die mit der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Gebietsintegrität Periens im Widerspruch stehen, aufgehoben und annulliert wurden.

### Amerikanisches Gesetz gegen Sabotage.

Dem Pariser „Matin“ wird aus New York berichtet: Präsident Wilson unterzeichnete eine Gesetzesvorlage gegen Sabotage, deren Bestimmungen eine Buße von 10 000 Dollar und eine Kerkerstrafe von 30 Jahren vorsehen.

### Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 27. April. (Amtlich.) Neue U-Boot-Erfolge an der Westküste Englands: 25 000 Br.-R.-T. Ein Dampfer von mindestens 12 000 Br.-R.-T. Größe und ein bewaffneter Dampfer von 6000 Br.-R.-T. wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen.

### Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 28. April. (Amtlich.) Im Nermel-Kanal wurde von einem unserer U-Boote ein mindestens 10 000 Brutto-Registertonnen großer Transportdampfer, der durch Kreuzer, mehrere Zerstörer und Bewachungsfahrzeuge außerordentlich stark geschützt war, torpediert. Gesamtsumme des versenkten Handelschiffsraumes nach neu eingegangenen Meldungen 17 000 Brutto-Registertonnen. Das Führerflugzeug einer unserer Jagdflotten in Flandern unter der bewährten Führung des Oberleutnants zur See Christensen hat gelegentlich eines Aufklärungsfluges in den Hoopden ein feindliches Curtiss-Boot abgeschossen.

### Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der englische Dampfer „Mirpura“ mit Truppen an Bord ist auf der Höhe der spanischen Küste torpediert und gesunken. Der Dampfer ist 7640 Brutto-Registertonnen groß und wurde 1916 erbaut.

Das Kiener Blatt „Kiener Przeglad Polski“ meldet aus Odessa: Ein deutsches U-Boot brachte das Minenschiiff „Oliver“ mit einer Waffenladung bei Gaila an der Südküste der Krina an. Das Schiff suchte zu entfliehen, wurde aber durch Schiffe daran verhindert. 100 Meilen von Odessa beschloß ein deutsches U-Boot einen Transportdampfer unter toter Flagge.

### Der Kimmelberg.

Hoch und steil ragt der Kimmelberg über das niedrige Flachland Flanderns hinaus; nur 156 Meter hoch ist dieser Berg, doch in diesem tellerflachen Gelände bildet er bereits eine bedeutende Erhebung, von deren Höhe aus der Blick weit über das flandrische Land schweift. In einer gebirgigen Gegend würde man von einer solchen Höhe gewiß kein Aufsehens machen; hier, inmitten eines ausgeprägten Flachlandes, würdigt man auch schon einen Berg, selbst wenn er nur bis zur Höhe der Türme des Kinnones Donnes emporragt. Neben dem Kimmel verschwindet betwähe der flache Höhenzug, der er angehört, der im Westen mit dem französischen Städten Cassel beginnt und sich langs Baillies und Wotzhan bis hinaus über Westfalle hinzieht. Dieser Höhenzug, in großer „Kinnones“ dargestellt, stellt auffällig dem topographischen der Karte von Flandern. Vor seiner westlichen Abhang über den Kimmelberg verläuft der Zug die westliche Richtung

## Der amtliche Kriegsbericht.

323. Großes Hauptquartier, 29. April. (Amtlich.)  
Wöchlicher Kriegsjahresbericht.

Auf dem Schlachtfeld in Flandern von mittliger auflebender Artilleriekampf. Die Wente seit der Erstürmung des Kemmel hat sich auf 7100 Gefangene, darunter 181 Offiziere, 53 Geschütze und 233 Maschinengewehre erhöht.

Zwischen dem Va Baïlee-Kanal und der Scarpe und nördlich von der Somme rege Erfindungstätigkeit der Engländer. Starke Teilnahme der Franzosen gegen Hangard Wald und Dorf wurden blutig abgewiesen.

Vorfeldkämpfe an vielen Stellen der übrigen Front. Auf dem Westufer der Maas brachte ein Vorstoß auf die französischen Gräben Gefangene ein.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalkommandantmeister.  
Ludendorff.

um dann nach Nordosten umzubiegen und etwa zwischen Hollebeke und Ghelweket die direkte Nordrichtung einzuschlagen. Wie ein Schutzwall umschließt der Höhenzug die unmittelbar seinem Nordflügel vorgelagerte Stadt Ypern; weiter westlich liegt, ebenfalls inmitten der flandrischen Ebene, die Stadt Poperinghe. Inmitten dieses platten Landes gibt es nur noch eine einzige, neben dem Kemmelberg in Betracht kommende Erhebung, den Mont Sabrin Unbert, der 148 Meter hoch ist und nicht weit von Tournai liegt.

Dereinst ragten diese beiden Berge gleich vereinzelt Inseln aus weitem Meer heraus; denn die Zeit, da der größte Teil Flanderns, ja Belgiens überhaupt, vom Meere überflutet war, liegt noch keineswegs weit hinter uns. Sind doch erst 8000 Jahre verflossen, seit die britischen Inseln vom westeuropäischen Festlande losgerissen worden sind. Erst damals, etwa um das Jahr 6000 n. Chr., entstand der Nermelkanal; bis dahin erstreckte sich auch östlich vom heutigen England das Festland noch weit hinaus in die Nordsee, und der Rhein mündete damals in der Gegend der heutigen Doggerbank. Nach jenen jüdischen Meeresüberbrückung kam das übriggebliebene Land auf etwa sechs Jahrtausende zur Ruhe. Die Ränder des übriggebliebenen, verjüngten Gebietes verlorften, darüber bildete sich ein Dünnengürtel aus dem vom Meere herangeschwemmten Sande. Aber eine neue, gewaltige geologische Katastrophe brach, nun bereits in historischer Zeit, über das Land herein: zwischen 300 und 350 n. Chr. überfluteten mehrere fürchterliche Sturmfluten das heutige Belgien, und bis dahin, wo heute Brüssel steht, ergossen sich die Fluten des Meeres. Drei bis vier Jahrhunderte später waren die Wasser wieder so weit zurückgetrieben, daß sich wieder Menschen auf dem Volderlande ansiedeln begannen; unter dem Schutze von den Anhöhen angelegte Dämme nahen der Verhandlungsprozess einen größeren Umfang an, doch neue Katastrophen kamen über das junge Gebiet, und das Meer vernichtete wiederum alles, was in mehr als einem halben Jahrtausend entstanden war. Es waren die beiden Jahrtausende von 1600 bis 1200, in denen die wüthende Nordsee zum letzten Male ihren Tribut an Land und Menschen forderle. Mehr als 700 Jahre sind seither wieder verflossen, und wenn das Meer in der Zwischenzeit auch unabhängig das belgisch-niederländische Küstenland benagt hat, so sind doch seit dem Mittelalter ganz große Katastrophen nicht mehr heringebracht.

## Nus Lübeck und den Hamburggebieten.

Montag, 29. April.

### Der Ausbau des Mittellandkanals

von Hannover bis Mogdeburg unter Berücksichtigung seines Anschlusses an die Seehäfen Hamburg und Lübeck durch einen Nord-Süd-Kanal betrifft eine von Herrn Wasserbaudirektor Leichtweiß-Lübeck soeben herausgegebene Denkschrift, die einen Auszug aus einem nahe der von Wichtigkeit stehenden Werke des Erbauers des Elbe-Trade-Kanals, Herrn Oberbaudirektor Rehder, darstellt, das den Titel „Der Nord-Süd-Kanal und das mittellandische Kanalsystem zwischen Weser und Elbe mit Anschlüssen an die Donau und Oder und an den Main und Rhein“ erhält. Schon aus diesem Titel ist ersichtlich, daß es sich um ein gewaltiges, großzügiges Projekt handelt, dessen Verwirklichung auf den verschiedensten Gebieten von größter Bedeutung sein würde.

Diese Denkschrift befaßt sich zunächst eingehend mit dem Mittellandkanal, bezw. mit der Herstellung des Schlussschlusses zwischen Hannover und Elbe und den als Verkehrsadler geplanten Stichkanälen und beschäftigt sich dann mit der Notwendigkeit des Anschlusses der Seehäfen Hamburg-Harburg und Lübeck an den Mittellandkanal durch Herstellung des Nord-Süd-Kanals.

Es heißt da u. a.: Betrachtet man die Nordsee und das zu dieser auf dem Binnenwasserwege geöffnete deutsche Binnenland für sich, so muß tatsächlich zugegeben werden, daß das deutsche Binnenland bis vor gar nicht langer Zeit eigentlich nur in seinen beiden Enden für die Binnenwasserfahrt zum Meer der Nordsee geöffnet war, nämlich im Westen durch den Rhein und im Osten durch die Elbe. Die Ausgänge des Rheins in die Nordsee liegen aber in Holland und Belgien, es verfügen daher gewissermaßen die Seehäfen Rotterdam, Antwerpen und Amsterdam über den Rheinwasserungsverkehr. In den Handelsbezirk des Seehafens Hamburg fällt die Elbe bis nach Osterrönch hinein, die Havel und mittels Verbindung durch den Teltower Kanal und den Spreewald-Kanal auch die obere kanalisirte Oder, überhaupt das ganze östliche Gebiet. Der große mittlere zwischen Rhein und Elbe belegene Teil von Deutschland blieb für den Binnenwasserverkehr lange Zeit verschlossen und ist noch heute zum größten Teil nur auf dem Bahnverkehr angewiesen.

Erst in den letzten Jahren hat es der Ausbau der neuen Seehafenanlagen in Bremen und Emden zuzunehmen gebracht, daß man auch im mittleren Deutschland an die Oeffnung der Binnenwasserwege nachgedrungen denken mußte. Abgeschlossen vom Schiffsverkehrswege blieb aber immer noch das 160 Kilometer breite Landgebiet zwischen Weser und Elbe, welches quer vor dem Seehafen Hamburg liegt und durch eine in der Mitte über Lüneburg und Helgenhörn verlaufende Schiffsfahrstraße, die im frühesten Zeit zum Teil vorhanden war, nicht bloß mit diesem größten Seehafen Deutschlands, sondern auch über Dauenburg durch den Elbe-Trade-Kanal mit Lübeck und der Ostsee die kürzeste Verbindung erhalten konnte. Um so mehr ist diese Abzerrung zu beklagen, weil das vor Hamburg liegende Gebiet sehr verkehrsreiche und befruchtete Länder umfaßt, nämlich die Provinzen Hannover und Sachsen, das Herzogtum Braunschweig und im weiteren Hintergrunde noch das Königreich Sachsen, bis in die Täler des Erzgebirges hinauf.

Wenn man jetzt in diesem bisher abgeschlossenen Gebiet eine erstklassige Schiffsfahrstraße von Westen nach Osten in ungefähre 130 Kilometer Abstand von Harburg hindurchschlagen will, so verfährt es sich bei richtiger Bewertung der Verkehrsvorteile des Wasserweges und der deutschen Wirtschaftstätigkeit mit dem Auslande eigentlich von selbst, daß man gleichzeitig von der Elbe nach Hamburg (Hamburg) und der Ostsee (Lübeck) aus, also von den Seehäfen Hamburg-Harburg-Lübeck ausgehend, einen Nord-Süd-Wasserweg über Lüneburg und Helgen durch die Lüneburger Heide bis tief ins Hinterland hineinziehen muß, welcher nicht bloß den Verkehr des Mittellandkanals zu den genannten Seehäfen erleichtert, sondern gleichzeitig unter Mitbenutzung der hierher gelegenen Kanalstrecke Hannover-Elbe, der sogenannten Nordsee, auch das ganze Gebiet jenseits des Mittellandkanals für den

Seeverkehr auf dem kürzesten Wasserwege zu den vorhandenen Seehäfen aufschließt. Was der Mittelstandbau von Westen nach Osten und umgekehrt als Verkehrsträger schaffen soll, das muß der sogenannte Nord-Süd-Kanal als wichtigste Ausgangsstraße des Wasserweges für das mittellandische Wasserstraßennetz in der Richtung von Norden nach Süden und umgekehrt leisten, damit das bisher von der Nordsee (Hamburg) aus der Ostsee (Lübeck) abgeperrte 160 Kilometer breite Landgebiet bis tief ins Binnenland hinein die handgreiflich kürzeste Wasserverbindung für die Ausfuhr und Einfuhr zur See erhält und die dort bestehenden Seehäfen zum eigenen Nutzen und zum Vorteil des deutschen Handels und Handels auswertet kann. Die Länge des Wasserweges bis zum Kanal Hannover-Elbe beläuft sich von Hamburg aus auf 151,36 Kilometer, von Lübeck aus auf 191,46 Kilometer. Durch den Nord-Süd-Kanal wird der Wasserweg von Hannover und von allen Plätzen Westdeutschlands nach Hamburg von 135,80 Kilometer auf 190,86 Kilometer, also um 24,94 Kilometer, und nach Lübeck von 42,80 auf 230,96 Kilometer, also um 221,84 Kilometer, abgekürzt. Schon diese gewaltige Verkürzung des Wasserweges nach dem größten Nordseehafen Deutschlands und nach der Ostsee beweist die hervorragende Nützlichkeit des Nord-Süd-Kanals.

Der Kanal soll 40 Kilometer östlich Hannover abzweigen, und bei Lüneburg gabelförmig geteilt werden, um sowohl den Verkehr mit Hamburg-Harburg, als auch den Verkehr mit Lübeck-Kiel zu vermitteln.

Die Ausmündungen des neuen Lauf durch die Lüneburger Heide nehmenden Kanals sind für Hamburg-Harburg bei Hoopbe, und für Lübeck-Kiel bei Johnsdorf, gegenüber der Ausmündung des Elbe-Trade-Kanals, gebodert.

Die Denkschrift weist dann auf die durch den kürzesten Weg bedingten billigeren Frachten hin und bezeichnet als weitere wesentliche Vorteile des Nord-Süd-Kanals: Erleichterte binnensländische Verteilung und Ausfuhr von Rohstoffe nach den nordischen Ländern, besonders in Kriegszeit; erleichterte Einfuhr von Erz aus den nordischen Ländern; Verbindung der deutschen Rastlager mit der Nord- und Ostsee; Steigerung des Verkehrs von Hamburg, Harburg und Lübeck.

Der Verfasser meint zum Schluß, daß der Nord-Süd-Kanal einen guten Jahresverkehr erhalten wird, dessen Höhe er in den ersten zehn Jahren auf zweifelslos fünf Millionen Tonnen Güter veranschlagt, die später auf acht Millionen anwachsen würden.

Es ist zu wünschen, daß das Projekt die erforderliche Beachtung findet und wenigstens in seinen Hauptteilen durchgeführt wird.

Die Notwendigkeit weiterer deutscher Eroberungen in Rußland wird in den vaterlandspatriotisch-alexandrischen „Lübeckischen Anzeigen“ wieder einmal in drei langen Artikeln „Gen Ostland“ dem stammenden Publikum klar zu machen versucht. Von Recht ist in den weitwichtigen Ausführungen, mit denen man ebenso gut auch „beweisen“ könnte, daß die Angliederung Sibiriens an Deutschland für letzteres eine Lebensnotwendigkeit sei, selbstverständlich nicht die Rede. Für die Gewaltpolitik ist ein solcher Begriff nicht vorhanden. Die sozialdemokratische Presse, die „Frankfurter Zeitung“ und andere demokratische Organe hatten bemerkt:

„Da der Friede mit Rußland bereits geschlossen ist, und in dem Vertrag die Grenzlinie der von Rußland abgetrennten Gebiete endgültig festgelegt worden ist, eine Grenzlinie, die Estland und Livland bei Rußland beläßt, so fehlt jede rechtliche Grundlage, den Wunsch der vereinigten Landesräte durchzuführen, selbst wenn man deren Legitimationen, und im Namen der Mehrheit der baltischen Völker zu sprechen, anerkennt wollte. Bei der geschilderten Zusammenfassung des Landrats muß aber die Legitimation überdies bezweifelt werden.“

Diese durchaus zutreffenden Bemerkungen geben dem Lübeckischen Amtsblatt Veranlassung zu dem Wutausfall: „Wann endlich wird das deutsche Volk merken, daß die Väter dieses Schlagens nicht unseren Gegnern da draußen die schärfsten Feinde von Deutschlands Macht und Größe sind?“ Das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit hat allerdings mit den Wünschen der Gewaltpolitiker, die von einem Frieden der Verständigung nichts wissen wollen, die jeherzeit einen Schred über das Friedensangebot bekamen und über seine Ablehnung Freude empfanden, nichts zu tun, wie aus den zitierten Worten der „Lübeck. Anz.“ selbst auch hervorgeht. Und daß die Presse jenes Eroberungsstrebens Schlagens schon vor dem Siege viel dazu beigetragen hat, das Ansehen Deutschlands im Auslande zu schädigen, ist eine erwiesene Tatsache, die das deutsche Volk sehr gemerkt hat.

Der Jahresbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse, der uns dieser Tage zugeht, hat auch unter dem Papiermangel gelitten, indessen wir wollen gestehen, nicht zu jenem Schaden. Er enthält, wenn auch in gedrängter Form, alle auf die laufenden Geschäfte der Kasse bezüglichen Details, Abschreibungen und Staffstellen wie alljährlich. Das Geschäftsergebnis wird als wenig befriedigend bezeichnet. Der Kassenstand stellt sich nach geringen Abzerrungen auf 53 322,28 Mk., von dem 23 800 Mk. dem Reservefonds über, wie es jetzt heißt, der Rücklage zugeführt wurden, die dadurch die Summe von 811 567 Mk. erreicht. Der Bericht weist darauf hin, daß an dem gesetzlich festgesetzten Sollbestand noch ungefähr eine halbe Million fehlt, wir glauben aber, wenn man zu der Rücklage nach den Betriebsfonds in Höhe von 80 000 Mk. sowie die im Verwaltungsgeldbelegenen 128 283 Mk. rechnet, die finanzielle Lage der Kasse als gesichert bezeichnet werden kann.

Die Zahl der Mitglieder stieg im Berichtsjahr von 30 752 auf 31 593. Wenn man dagegen hält, daß die Kasse im Mai 1914 schon 34 414 Mitglieder zählte, so kommt man sich einen Begriff machen von den Wirkungen des Krieges auf die Krankenkassen. Dabei steht Lübeck, was das Erwerbsleben anbelangt, im Verhältnis zu anderen deutschen Städten noch vortrefflich da. Interessant ist auch folgende Gegenüberstellung:

### Mitgliederstand

Ende Mai 1914	Ende 1917
23 204 männliche	16 478 männliche
11 210 weibliche	15 085 weibliche

Wem fällt da nicht das Dichterwort ein: „Chrei die Frauen“. Sie flochten in der jetzigen harten Zeit freilich keine Rosen in das trübliche Leben, aber sie ließen an harter Tagesarbeit ihren reichlich gemessenen Teil, um unter Wirtschaftslieben aufrecht zu erhalten, was unseres Erachtens erst recht der höchsten Ehre wert ist. Aber noch eines Standes und dessen Tätigkeit gebührt der Bericht mit Anerkennung, das sind unsere Ärzte. Standen im Jahre 1914 bei oben angeführter Mitgliederzahl der Kasse 86 Kassenärzte, darunter 21 Spezialisten zur Verfügung, so waren es im letzten Jahre noch im Höchstmaß 28 praktische und 14 Spezialärzte. Wenn trotzdem die tagenärztliche Versorgung der Mitglieder und ihrer Angehörigen ohne ernste Klagen durchgeführt werden konnte, so gebührt den Ärzten dafür der Dank der Kasse. So schreibt der Bericht: — Von dem vertragsmäßigen Personalhonorar (12 Mk. pro Mitglied) haben die Ärzte rund 115 000 Mk. nicht verbraucht. Von dieser Summe, die ihnen vertragsmäßig zustand, haben sie 50 000 Mk. der Kasse nachgelassen. — Die Versorgung mit Arznei und Heilmitteln verursachte, wie nicht anders zu erwarten, manche Schwierigkeiten und auch — Mehrkosten. Stieg doch die hierzu aufgewendete Summe von rund 134 000 Mk. auf 183 000 Mk. Der Bericht sagt hierüber: Die weitere Verringerung der Roststoffe führte auch im Jahre 1917 in der Folge zu neuen erheblichen Preissteigerungen von Arznei und Heilmitteln, Brillen, Fruchtsäften und anderen kleinen Heilmitteln.“

Eine verhältnismäßig große Steigerung erfährt das Krankengeld. Es stieg von rund 533 000 Mk. auf 704 000 Mk. Die Krankheitsfälle mit Arbeitsunfähigkeit stiegen von 14 000 auf 17 189. Das dabei unsere Ernährungswirtschaft mangelte, ist aus

Betriebsunfällen verzeichnet der Bericht 2165 gegen 1816 im Vorjahre, und im Jahre 1914 bei höchster Mitgliederzahl 1662; auch ein Zeichen der Zeit. Daß übrigens die Krankenkassen noch immer für Betriebsunfälle, wenn auch nur für 13 Wochen, Leistungen übernehmen müssen, ist eine Gesetzesbestimmung, die — je eher, je besser — fallen muß. Mühte doch die Lübecker Kasse für Betriebsunfälle im letzten Jahre die hohe Summe von 110 488 Mark aufzubringen; dabei ist sie eine Krankenkasse und keine Unfallversicherung.

Daß die hansestädtischen Heilstätten im Harz den Betrieb für die Versicherten wieder aufgenommen haben, lesen wir in dem Jahresbericht zu unserer Freude. Kommen doch in Oberberg 10 und in Glinauf 9 Versicherte der Kasse sich hoffentlich Gesundheit und Kräftigung holen. Von den Wesseler Waldheilungsorten konnte im letzten Sommer nur die Waldschule für schwächliche Kinder eröffnet werden.

Wohnungszählung in der zweiten Maihälfte. Der Bundesrat hat am 25. April eine Verordnung erlassen, durch deren § 1 in allen Bundesstaaten in der Zeit vom 15. Mai 1918 bis 31. Mai 1918 eine Wohnungszählung stattfindet, und zwar in allen Gemeinden, die nach der Volkszählung vom 5. Dezember 1917 5000 und mehr Zivilbewohner besitzen. Gemeinden unter 5000 Zivilbewohner kommen in Frage, wenn sie in Industriebezirken liegen oder für die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der Personen von Wert sind, die in benachbarten größeren Gemeinden beschäftigt sind. Aus Gründen der Einfachheit, Billigkeit und Papierersparnis dient zur Erhebung die Hausliste. Besonderer Wert wird gelegt auf die Zahl der verfügbaren und der voraussichtlich beanspruchten Wohnungen, die Mietpreise, die Verteilung der Bewohner auf die verschiedenen Größenklassen der Wohnungen, die Besetzung der Kleinstwohnungen mit Bewohnern und der Zahl der Wohnungen in den einzelnen Wohnhäusern. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen und Betriebsstätten und die Zahl der beanspruchten Wohnungen wird zunächst bearbeitet werden. Die Durchführung der Zählung dient sowohl den Zwecken des Reiches als auch denen der Bundesstaaten. Die Strafbestimmungen sind gegenüber den bezüglichen Vorschriften der Volkszählung von 1916 und 1917 erweitert indem auch grob jährliche Angaben unter Strafe gestellt werden.

Geldpostkärtchen sind wieder zulässig. Nichtamtliche Geldpostbriefe über 50 Gramme (Päckchen) und Privatpakete an Angehörige der deutschen Westfront einschließlich des großen Hauptquartiers, sowie an Heeresangehörige im Generalgouvernement Belgien und in Luxemburg sind wieder zugelassen.

pb. Als Schleichhändler schlimmer Sorte mit Lebensmitteln wurden eine Verkäuferin aus der Krähenstraße, ein Soldat des hiesigen Ersatz-Bataillons und ein in der Alstraße wohnhafter Zollamtsdiener ermittelt. Die Genannten wurden dabei abgefaßt, als sie zwei Schinken zum Preise von 20 Mk. per Pfund verkaufen wollten. Bei einer in der Wohnung des Zollamtsdieners vorgenommenen Durchsuchung wurden noch 50 Pfund Butter und 34 Pakete Subrikseife vorgefunden, die wohl ebenfalls zu Wucherpreisen weiter verhandelt werden sollten. Ueber den Ursprung der Waren, die sämtlich beschlagnahmt wurden, machte der Zollamtsdiener ungläubige Angaben. Hier mußte, wie in manch anderen Fällen der große Unbekannte wieder herhalten.

pb. Einbrecher. Ermittelt und festgenommen wurde ein Zahntechniker aus Stettin und ein Schlosser aus Hamburg, die in der Nacht zum Sonntag, dem 29. d. Mts., veruchten, in ein Ladengeschäft in der Dürrstraße einzubrechen. Sie hatten auch schon mit einem Glasknacker die Ladenhebe zerhackt und ein Stück Glas aus derselben herausgehoben, als sie von 2 Kriminalbeamten erfaßt wurden. Beide sind überführt und auch zum Teil geständig in letzter Zeit mehrere Einbrüche in hiesigen Brotgeschäften ausgeführt zu haben.

pb. Margarinediebe. Ermittelt und festgenommen wurden drei Matrosen eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers, die von der Ladung des Dampfers 460 Pfd. Margarine gestohlen hatten, um diese zu verkaufen. 80 Pfd. waren von den Dieben bereits veräußert.

pb. Diebstahl. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Essen, der seitens der Staatsanwaltschaft in Oldenburg wegen Betruges fidebriell verfolgt wurde.

Möln. Wegen unerlaubter Preissteigerung hatten sich die Kaufleute Paul und Ludwig Wächtersen von hier vor der Altonaer Strafkammer zu verantworten. Die Angeklagten haben Manufakturwaren, die noch zu Friedenszeiten billig ein-

gekauft waren, zu Kriegspreisen verkauft. Der Staatsanwalt nahm an, daß ein unerlaubter Gewinn von 1000 Mk. erzielt sei und beantragte eine Geldstrafe von je 2000 Mk. Das Urteil lautete auf je 1000 Mk. Geldstrafe.

Hamburg. Ein schwerer Straßenbahn-Unfall ereignete sich an der Lohmühlenstraße. Ein Triebwagen der Linie 5, von einer Fahrerin geführt, fuhr mit großer Geschwindigkeit, wohl infolge Versagens des Bremses, in einen Anhänger der Linie 9 und zertrümmerte dessen Hintersteig vollkommen. Die Schaffnerin des Anhängers und drei weibliche Fahrgäste wurden schwer verletzt, mit Hilfe der Feuerwehr aus ihrer Lage befreit und auf Bahnen in das nahe Krankenhaus gebracht. Eine Anzahl anderer Fahrgäste erhielt leichtere Verletzungen.

Hamburg. Eine Familientragödie ereignete sich in Südbrook. Dort hat sich die Ehefrau des Landwirts Wulferding mit ihren beiden Kindern im Alter von vier und zwei Jahren in einem Brunnen auf einer Weide ertränkt. Der Mann befindet sich in Rußland. Die Frau, die in guten Verhältnissen lebte, hat die Tat anscheinend in einem Anfall von Schwermut begangen.

Bremen. Politische Brunnenvergiftung. Die Bremer „Weiserzeitung“, die vor ihrem Verlagswechsel das führende fortschrittliche Organ Nordwestdeutschlands war, hat, worauf wir erst jetzt aufmerksam gemacht werden, in ihrer Nr. 155 vom 2. März folgende Nachricht gebracht:

Dem. 1. März. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schildert in einem Bericht aus New-York eine Versammlung der Amerikaner deutschen Ursprungs. Es wurde eine Entschlieung angenommen, die den deutschen Kaiser angreift und das deutsche Volk auffordert, ihn und die Autokratie zu stürzen. Dr. Cohn forderie in einflüßiger Rede die Verammlung auf, in einer großen Kundgebung sich dahin zu erklären, daß die Deutsch-Amerikaner fest entschlossen sind, ihr Möglichstes zu tun, um zum Siege der Entente beizutragen. (Anmerkung der Redaktion der „Weiserzeitung“: Diesen Dr. Cohn wollen wir uns auch nach dem Kriege merken!)

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens teilt nun folgendes mit: „Die von uns hierauf getroffenen näheren Feststellungen haben ergeben, daß die von der „Weiserzeitung“ gebrachte Notiz völlig frei erfunden ist, und die „Neue Zürcher Zeitung“, wie sie uns mitgeteilt hat, einen solchen Bericht nicht als gebracht hat. Die „Weiserzeitung“ hat demnach diesen unrichtigen Bericht nur zu dem Zweck verbreitet, um Stimmung gegen die jüdische Bevölkerung zu machen und damit in einer Zeit des Burgfriedens die christliche Bevölkerung gegen die Juden aufzuhetzen.“

### Theater und Musik.

Stadttheater. Als letzte Opernvorstellung in dieser Spielzeit gab es Sonntag noch einmal Rich. Wagners „Lohengrin“. Man hatte zwei Gäste gewonnen, Herrn Becker aus Bremen und Herrn Thies aus Düsseldorf, um die Aufführung auf eine höhere Höhe zu bringen. Der Erfolg war aber kein durchschlagender, denn der Lohengrin aus Bremen schien sich sehr wenig aus seiner Sendung als Schwannensitter zu machen; seine Darstellung war ohne jede Poesie und Hoheit und auch gesanglich verlagte er verschiedentlich, trotz anscheinend vorzüglicher guter Stimmittel. Hingegen stellte Herr Thies, der den Lübedern ja ein lieber Bekannter ist, einen markigen König Heinrich auf die Bühne. Als Elfa verabschiedete sich Fräulein Saitz, die vor einigen Jahren als junge stimmbegabte Anfängerin nach Lübeck kam und sich hier durch Fleiß, Begabung und ehrsüchtiges künstlerisches Streben zu einer vortrefflichen jugendlich-dramatischen Sängerin entwickelt hat. Sie gab der brabantischen Herzogstochter träumerisches Wesen, heftliche Anmut und inniges Empfinden mit, und schuf so eine Leistung, die hohe Anerkennung verdient. Herrn Mossis Tetzramund hat gegen früher noch gewonnen. Die leidenschaftliche Ortrud der Frau Ludewig-Korte ist schon früher anerkanntes gewürdigt worden. Einige Anordnungen der Regie, so die Schmückung Elsas mit der Blumenkrone nach dem Zweitkampf Lohengrins-Tetzramund, dann die nützliche Auslegung der Teppiche im Herzogspalast während des großen Duetts zwischen Ortrud und Tetzramund im zweiten Akt wirkten befremdend. Am Schluß gab es viele Hervorhufe für Sänger und Kapellmeister Wehler, sowie einen Blumenregen auf der Bühne für Fräulein Saitz. Am Sonnabend verabschiedete sich Fräulein Bergau mit einer raffigen und auch gesanglich gut durchgeführten „Carmen“.

Auch dieser hochtalentierten Künstlerin fehlte es nicht an Ehrungen. Wenn man rückwärtend die verfloßene Opernspielzeit überblickt, so muß gesagt werden, daß sie trotz mancher wertvoller Darbietungen nicht auf der Höhe stand, wie sie in früheren Jahren erreicht worden war. In erster Linie waren es wohl die Einwirkungen des Krieges, welche sich hierbei bemerkbar machten. Hoffentlich leuchtet der Friedensstern über der gequälten Welt, wenn im Herbst neue Künstler sich im Lübeck um die Oper bemühen. P. L.

### Soziales.

Leuerungszulagen zum Krankengeld. Unter der allgemeinen Entwertung des Geldes haben besonders die erwerbsunfähig Kranken schwer zu leiden. Das Krankengeld reicht schon in normalen Friedenszeiten nicht zur Befreiung des Lebensunterhaltes, geschweige denn jetzt in der Zeit unerschütterter Teuerung. Um die Not der Kranken zu lindern, kamen schon bald nach Ausbruch des Krieges verschiedene Krankenkassen dazu, Leuerungszulagen zum Krankengeld zu gewähren. Das Reichsversicherungsamt hielt das auf Grund der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung für unzulässig. Es erging deshalb eine Verordnung des Bundesrats vom 22. November 1917, die den Krankenkassen gestattet, bis zu der Höchstgrenze von drei Vierteln des Grundlohnes, also des Arbeitsverdienstes des Versicherten 1. das Krankengeld für Verheiratete und Ledige sowie nach der Zahl der Kinder und sonstigen Angehörigen abzustufen, die der Versicherte von seinem Arbeitsverdienst erhalten hat; 2. für alle oder nur für die minderen Mitgliebertlassen oder Lohnstufen Zuschläge zum Krankengeld in einem für alle gleich hohen oder für die niedrigeren von ihnen in erhöhtem Betrage zu bewilligen; 3. das Krankengeld höher als das Krankengeld zu bemessen. Der Zweck dieser Einrichtung ist, die Barleistungen der Krankenkassen mehr den Familienverhältnissen der Kranken anzupassen, auf die letzter keine Rücksicht genommen wurde. Inzwischen haben auch sehr viele größere Krankenkassen entsprechende Einrichtungen getroffen. Die Ortskrankenkassen Wiesbaden, Düsseldorf, Oberassel, Alteneßen usw. stufen das Krankengeld nach der Zahl der Kinder ab. Sie zahlen z. B. an Ledige die Hälfte des Grundlohnes an Krankengeld, an Verheiratete mit 1 bis 2 Kindern 60 v. H., an solche mit 3 und 4 Kindern 70 v. H. und an solche mit mehr Kindern 75 v. H. Das Hausgeld (bei Unterbringung des Kranken in ein Krankenhaus) wird bei diesen Kassen in gleicher Weise abgestuft. Andere Krankenkassen gewähren feste Zuschläge zum Krankengeld. So zahlen fast alle Groß-Berliner Kassen seit 1. April 1918 in den zwei niedrigsten Lohnklassen einen Zuschlag von 25 Pfg., in den zwei nächstfolgenden Klassen von 20 Pfg. täglich, in den höheren Klassen aber nichts. Ähnliche gleichmäßige Zuschläge bestehen noch in Leipzig, Königsberg usw. Ein sehr zweckmäßiges Verfahren hat die Ortskrankenkasse Halle a. S. eingeführt. Dort wird Versicherten, gleichviel in welchen Lohnstufen sie sich befinden, die verheiratet sind oder einen eigenen Hausstand führen, das Krankengeld um täglich 25 Pfg., Verheiratete, die zwei oder mehr Kinder im Alter bis zu 15 Jahren aus ihrem Arbeitsverdienst bisher unterhalten haben, um täglich 50 Pfg. erhöht. Die gleichen Zulagen erhalten auch die Wächnerinnen. Sind auch solche Zulagen gering, so sind sie doch besser wie nichts, und jede Kasse sollte sie einführen. Der weitestausgedehnte Teil namentlich der kleineren Kassen hat sich noch nicht zu solchen Erweiterungen ihrer Fürsorge ausschwingen können. Es ist Aufgabe der Arbeitervertreter in diesen Kassen, mit entsprechenden Anregungen vorzugehen. Es ist hierzulande erkämpft worden, zu solchen Mehrleistungen die Rücklage (Reservefonds) in Anspruch zu nehmen, wenn es sein muß.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Inferate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inferate im „Lübecker Volksboten“

Plötzlich und unerwartet erhielt ich die traurige Nachricht, daß mein geliebter Mann, meiner 3 Kinder treusorgender Vater, unser lieber Sohn, Enkel, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel

## Heinrich Wieg

Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse  
am 14. April im fast vollendeten 29. Lebensjahre durch einen Granatsplitter dem grausamen Kriege zum Opfer gefallen ist.

In tiefster Trauer

## Luise Wieg geb. Rötger

nebst Kindern  
und allen, die ihm nahe standen.

### Danksagung.

Da es mir nicht möglich ist, jedem einzelnen zu danken, spreche ich auf diesem Wege allen, die mir ihr Belloid bezeugten und für die überaus reichen Kränkenden, insbesondere der Direktion sowie allen Angefallten, dem Pastor Michaelis für die tröstlichen Worte und der ganzen Arbeiterchaft der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft für die reichliche Unterstützung bei dem so jähen Heimgange meines heiliggeliebten Gatten meinen tiefgefühlten Dank aus. Im Namen aller Hinterbliebenen die tiefgebogene Gattin. (2089)

Frau Behnke.  
Rensfeld, den 26. April 1918.

## Voranzeige.

# Kansa-Theater.

Ab 1. Mai täglich abends 8 Uhr:

## Kurzes Gastspiel der Münchener Operetten-Gesellsch.

Direktion: Curt Hagen.

## Fräulein Kadett.

Operette in 3 Akten von Willy Prager und Bellachini. Musik von Paul Linke.  
Spielleitung: Direktor Hagen. Musikalische Leitung: Kapellmeister Gustav Ehardt.

Eigene Dekorationen aus den Ateliers: „Theaterkunst Berlin“ und „Apostofsky, Dresden“.

NB. Die „München-Augsburger Abendzeitung“ Nr. 449 schreibt: „Selten noch hat ein Unternehmen das in der Reklame Versprochene in so hohem Maße erfüllt, wie die gegenwärtig im Apollotheater gastierende Operettengesellschaft Direktion Curt Hagen. Einem durchaus vornehm abgestimmten äußeren Rahmen entspricht durchwegs die künstlerische Qualität der musikalisch-gesanglichen und schauspielerischen Darbietungen. Die einheitliche Geschlossenheit aller identischen Vorgänge, die sorgfältige Durcharbeitung aller Einzelheiten und vor allem auch das vollendete Können und Wollen lassen außerordentlich fleißige und gewissenhafte Vorarbeiten erkennen. Ufm. Ufm. 2087“

Preise: Wie bekannt. Sonntags 2 Vorstellungen.

### Uhren-Reparaturen.

Billige Preise. (2092)  
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Week- und Taschenuhren.

## Hermann Voß,

Uhrmacher.  
Breite Straße 54 und Hüxstr. 71.

## Der neue Kriegs-Atlas

bedeutend erweitert, jetzt 56 Karten von allen Kriegsschauplätzen sowie von den neugebildeten Staaten im Osten ist wieder vorrätig.

Preis Mk. 1.50.

## Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

## Zentralverband der Handlungsgehilfen

Bezirk Lübeck.

Wieder haben wir den Verlust eines Mitgliebes, des Kollegen

## Heinrich Wieg

durch den Weltkrieg zu beklagen. Er war uns ein treuer Kollege sowie ein würdiger Förderer unserer Organisation.

Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren!

2091 Die Ortsverwaltung.

## Sofort eine Wohnung

zu vermieten. (2086)  
Näheres Dornestr. 24. I.  
zu kaufen gesucht (2081)  
Hausstandsstuppen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.  
Karl Kleinfeld, Ballenbofstr. 25.  
Telephon 2491.

## Britetts.

Verkauf ab Lager  
Friedenstr. 78  
nur nachmittags von 2-7 Uhr.

## Ungelernte Arbeiter u. Mitarbeiter

in größerer Zahl, ferner (2088)

## Eisendreher, Maschinenwickler, Böttcher, Rangierer, Kottenführer und Kottenarbeiter.

Arbeiterannahmestelle Pulverstraß 11  
Katholische, Ballenbofstr. 22

## Drucksachen aller Art

fertigt an

## Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

## Stadttheater.

2088  
Dienstag, den 30. April 1918:  
Anfang 8 Uhr:  
Abschiedsvorstellung für  
Stanislaus Fuchs:

## Der zerbrochene Krug.

Hierauf:

## Der eingebildete Kranke

Der Ertrag der Vorstellung ist für die „Pensionskasse der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger“ bestimmt

Der Militärstat im Haushaltsausfluß.

Zu Beginn der Sitzung regte der Vorsitzende an, sämtliche Anträge dem Plenum zu überweisen, um zu verhindern, daß die Reden zuerst im Ausschuß und dann noch einmal im Plenum gehalten werden. Die Mehrheit des Ausschusses stimmte diesem Plan zu, so daß bei den Erörterungen die sämtlichen Anträge ausgeführt wurden. — General v. Wisberg gab dann Auskunft über die Zahl der Vermissten, sie betrug am 31. März 1918: 664 104, davon waren als Gefangene in Frankreich 236 676, in England 110 000, in Rußland und Rumänien 157 000; der Rest kann zum größten Teil für tot gehalten werden, ein anderer Teil dürfte wieder zum Vorschein kommen. Ueber andere Verluste bei der letzten Offensive liegen nähere Nachrichten noch nicht vor. — Generalarzt Schulgen bespricht dann die Beförderungsverhältnisse der Offiziere. — Abg. Stücken wies dann darauf hin, daß im Etat zwar ein Vortragender Rat für den Gaschutz angeführt werde, daß aber fonderbarer Weise für die weit wichtigere Mannschafsversorgung höhere Beamte nicht vorgesehen sind. Es sei dringend zu wünschen, daß für die gewaltigen Aufgaben, die von der Versorgungsabteilung zu leisten sind, auch die nötigen sachkundigen Leute der Heeresverwaltung gesichert werden. Die Klagen über die Verpflegung reißt nicht ab, sie haben sich im Gegenteil in der letzten Zeit wieder ganz erheblich vermehrt. Auch die Urlaubsverhältnisse sind noch wie vor durchaus unbefriedigend. Genosse Stücken verlangte Auskunft darüber, wann die Urlaubssperre aufgehoben werde und ob man dann bereit sei, einen größeren Prozentsatz Mannschaften in Urlaub lassen zu lassen, damit ein gewisser Ausgleich zwischen Städten und Landwirten herbeigeführt werden kann. Nach wie vor wird in der Armee politische Unterdrückung geübt. So ist bei einem Truppenteil in den letzten Tagen wieder der „Vorwärts“ verboten worden. In einem Vertrag zwischen einem Militär-Musikmeister und einem Inhaber eines Berliner Establishments befindet sich der Passus:

„Die Veröffentlichung von Konzertanzeigen der Militärkapellen im „Vorwärts“ oder sonstigen sozialdemokratischen Blättern ist untersagt. Die Nichtbeachtung dieser Bestimmung hat die sofortige Lösung des Vertrages zur Folge.“

In einem anderen Fall ist ein Soldat lediglich deshalb mit fünf Tagen Militärarrest bestraft worden, weil er den „Vorwärts“ liest. In Frankfurt a. O. geht ein Regimentskommandeur so weit, daß er den „Vorwärts“ und die „Frankfurter Zeitung“ durchläßt, ehe diese Blätter an die Soldaten hinausgegeben werden. In einer geheimen Verfügung des Kriegsministeriums wird dazu aufgefordert, Personen, die im Verdachte einer radikal-faaktischen Gesinnung stehen, aus den Bureaus zu entfernen. Die Folge ist, daß eine ganze Anzahl Leute, die als Sozialdemokraten bekannt sind, aus den Bureaus entfernt und ins Feld geschickt worden sind. In Baden hat ein General-Kommando eine Verfügung herausgegeben, wonach die Namen aller entlassenen Mannschaften dem Bahnhafen Militär-Bereins-Verband bekanntzugeben sind. In dem Erlass werden die Unteroffiziere und die Aufklärungsoffiziere aufgefordert, dem Militär-Bereins-Verband bei der Werbung neuer Mitglieder hilfreiche Hand zu leisten. Bei der Zeichnung der Kriegsanleihe ist man wieder in der Weise verfahren, daß man solchen Soldaten Urlaub gegeben hat, die bereit waren, Kriegsanleihe zu zeichnen. Das war große Erbitterung bei den Leuten hervorgerufen, die nicht mit Glücksgütern gesegnet sind und die dann im Urlaub zurückgesetzt werden. Die Klagen über die Einziehung aus politischen Gründen nehmen immer mehr überhand. Die Militärverwaltung sollte jedoch zu der Auffassung gelangen, daß die Einziehung auf keinen Fall eine Strafe für politisches Verhalten sein darf.

General v. Langermann teilt mit, daß beabsichtigt sei, zwei Stellen als Vortragende Räte in der Versorgungsabteilung zu schaffen. Er wäre sehr dankbar dafür, wenn diese Stellen jetzt schon bewilligt werden könnten.

Ein Vertreter der Heeresverwaltung geht näher auf die Frage der Pferdeaushebung ein.

Abg. Haas bemängelt die ganze Organisation des militärischen Verwaltungsdienstes. Es sollte darauf gedrängt werden, daß jeder einzelne Mann im Verwaltungsdienst seiner Leistung entsprechend bezahlt wird. Ein nicht zu billiger Eingriff sei es, daß die Heeresangehörigen die Produkte ihrer schriftstellerischen Tätigkeit erst einem Vorgesetzten vorlegen müssen. Ihm seien Fälle bekannt, in denen auch von den Offizieren gegen das Halften des „Berliner Tageblatts“ Stellung genommen worden ist. Der

Redner verurteilt dann die Ausnahmebehandlung der Elsäßer, die als völlig formlos bezeichnet werden muß.

Oberst Maich erklärt, daß nur solche Schriften vorgelegt werden müssen, die sich auf Kriegshandlungen beziehen. Eine politische Einwirkung auf Untergeten hält das Kriegsministerium für absolut unzulässig.

Abg. Knytel beklagt, daß man politisch mißliebige Leute einzicht, ohne Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand. Die Verpflegung in den Lazaretten läßt viel zu wünschen übrig. Es besteht die Vermutung, daß den Kranken Lebensmittel entzogen werden.

Abg. Davidsohn kündigt an, daß die Angelegenheit der Elsäßer-Konferenz im Plenum eingehend erörtert werden müsse. Es bestesse eine Verfügung, wonach Elsäßer in keiner Vertretungsstellung sich befinden dürfen. Diese politische Gesinnungsmisbilligung sei ebenso entschieden zu verurteilen als der sogenannte vaterländische Untertrieb. Alte Leute lassen sich eine derartige Behandlung einfach nicht gefallen. Die in den Garnisonen befindlichen K.u.V.-Leute sollte man endlich hinauswickeln und vor allen Dingen dafür sorgen, daß die überjährigen Unteroffiziere endlich in stamtsmäßige Stellen einrücken können. Bei Beförderung zum Offizier sollte nur die militärische Tüchtigkeit maßgebend sein. Das Verpflegungsgeld bei Urlaub sei nicht ausreichend, vielmehr könnte man den Urlaubern die Genehmigung erteilen, sich in einer Truppenküche am Orte des Urlaubs mit zu verpflegen. Die Heilanstalten dürfen nicht zu Rentenquellern werden.

Abg. Gröber erklärt sich ebenfalls gegen die unterchiedliche Behandlung der Elsäßer. Den Erlass soll man endlich aufheben, denn man schaffe nur böses Blut, insbesondere, nachdem die Elsäßer zweifellos sich sehr brav gehalten haben. Der Redner tritt dann noch dafür ein, daß in den Kadettenanstalten auch Juden zugelassen werden.

Oberst v. Braun erklärt, daß die Interessen der Landwirtschaft nach allen Richtungen hin berücksichtigt werden. Einziehung lediglich aus politischen Gründen werden durchaus nicht gebilligt, aber man brauche jetzt jeden wehrfähigen Mann. Bei Streiks komme nur die Aufrechterhaltung der Betriebe in Frage.

Generalarzt Schulgen bespricht, daß in den Heilanstalten auf Rentenquellerei hingearbeitet werde; die Wiederherstellung des Mannes, nicht aber die Herabsetzung der Rente sei das Ziel.

Abg. Müller-Meinigen bringt ebenfalls eine große Reihe von Klagen aller Art zur Sprache und fordert insbesondere, daß man die Strafen, die Leute im Zivilleben erhalten haben, ihnen nicht immer wieder zum Nachteil auslegen soll. Zu verurteilen sei es, daß ein Druck ausgeübt werde, damit Landsturmlaute bei der Demobilisierung noch weiter im Dienst bleiben.

Oberst v. Braun bestritt, daß ein Druck ausgeübt werde, es handle sich nur darum, eine Anzahl Leute zu gewinnen, die bereit sind, an den Demobilisierungsarbeiten mitzuwirken.

Abg. Kretz wünscht ebenfalls, daß man den Druckbergern energisch zu Leibe gehe, dagegen sei die anders geartete Behandlung der Elsäßer zu billigen, denn das Leben des deutschen Soldaten müsse höher stehen als die Rücksicht auf eine gewisse Empfindlichkeit. Unfähige Elemente dürfen nicht in den militärischen Bureaus verwendet werden, weil sie sonst Verrat zugunsten der Feinde üben könnten.

Abg. Neibel bringt dann im Einverständnis mit den anderen Parteien eine Resolution ein, wonach für die Verlorenengabteilung im Kriegsministerium zwei Vortragende Räte in den Etat eingestellt werden sollen. Der Redner kommt dann zur Rede auf eine Verurteilung, die im Laufe der Debatte gefallen ist und die sich auf ungebührliche Behandlung von Offizieren bei der Beförderung bezieht. Er erklärt, daß die Tätigkeit des Militärkabinetts zweifellos nicht ganz einwandfrei sei. Selbst höhere Offiziere haben ihre Unzufriedenheit mit dem Militärbüro zum Ausdruck gebracht. Die weitere Debatte hat nichts mehr von Bedeutung, der Etat wurde schließlich genehmigt und die vom Abg. Neibel vorgeschlagene Resolution angenommen.

Schließlich wurde noch eine Resolution angenommen, die die Errichtung eines Reichs-Kriegs-Museums fordert.

Die nächste Sitzung ist am 1. Mai. Zur Beratung stehen die Stempelsteuern.

Deutsch-russische Reibungen.

Das russische Ministerium des Auswärtigen hat in einem Telegramm an das deutsche Auswärtige Amt gegen den deutschen Vormarsch in die Krim Verwahrung eingelegt. Die Russen

machen geltend, daß die Krim nicht zur Ukraine gehöre, so daß der Vormarsch in dieses Gebiet eine schwere Verletzung des Brest-Litowsker Vertrages darstelle. Das Ministerium des Auswärtigen stellt daher die Erwartung aus, daß der deutsche Vormarsch eingestellt werde.

Einen ähnlichen Protest hat das russische Volkskommissariat des Auswärtigen gegen die Vereinigung Besarabiens mit Rumänien bei der rumänischen Regierung eingelegt. Er gründet sich darauf, daß diese Vereinigung eine Verletzung des Vertrages bedeute, in dem sich Rumänien verpflichtet, keine Truppen binnen zwei Monaten aus Besarabien zurückzuführen. Eine Ansehning Besarabiens an Rumänien wünschten nur die Großgrundbesitzer, nicht die große Masse der Bevölkerung. Ein allgemeiner Bauernkongreß in Kischinew, der in den Tagen vom 18. bis 25. Januar tagte, habe entschieden gegen die rumänische Okkupation protestiert.

Ein anderer Streitgegenstand zwischen Deutschland und Rußland betrifft die Rücklieferung der Kriegsgefangenen. Unter dem Einfluß der Bolschewisten sind unter österreichischen und ungarischen Kriegsgefangenen bolschewistische Komitees gegründet worden, welche den Kriegsgefangenen Offizieren ihre bisherige Sonderbehandlung nehmen und sich die Herrschaft über die Gefangenentransporte und über die zum Militärtransport dienenden Eisenbahntrecken aneignen. Nach der P. T. M. hat deswegen ein von dem Unterstaatssekretär von dem Bundesrat unterzeichneteter Rundschreiben der deutschen Regierung folgendes ausgeführt:

Nach an uns gelangten zuverlässigen Mitteilungen sind unter den Kriegsgefangenen revolutionäre Komitees gegründet worden, die es sich zur Aufgabe machen, Kriegsgefangene Offiziere und Soldaten in derselben Weise zu behandeln. In Omsk, Tomsk und Jekaterinburg ist diese Maßregel bereits durchgeführt. In Omsk haben ferner einzellige Kriegsgefangenenausschüsse beschlossen, den schnellen Rücktransport der Gefangenen zu verhindern, und ein Teil von ihnen hält den Bahnhof besetzt, wo sie, zu bewaffneten Abteilungen formiert, die vom Osten eintreffenden Gefangenentransporte aufzuhalten nicht. Ferner sollte in Moskau ein Kongreß von Kriegsgefangenen aus allen Konzentrationslagern stattfinden, um allgemein gleiche Maßnahmen zu beschließen. Wegen dieser Vorkommnisse stellt die deutsche Regierung an die russische Regierung folgende dringende Forderung:

1. Alle Gefangenen, die sich in Omsk befinden, sollen sofort entlassen werden, und die russische Regierung soll in dieser Stadt Truppen halten, damit sich in Zukunft keine ähnlichen Vorkommnisse wiederholen.
2. Die allgemeine Leitung der Konzentrationslager soll auf die russischen Behörden übergehen, vor allem in Omsk und Jekaterinburg, bis eine deutsche Kommission dort eintrifft.
3. Deutsche und österreichisch-ungarische Kriegsgefangene sollen getrennt gehalten werden.
4. Die Offiziere sind wieder in ihre Rechte einzusetzen.
5. Der Bahnhof in Omsk ist wieder von Regierungstruppen zu besetzen, welche für die freie Durchfahrt der aus Ost- und Mittelsibirien eintreffenden Kriegs- oder Zivilgefangenentransporte verantwortlich sind.
6. Die Einberufung von Kongressen nach der Art dessen, der in Moskau stattfanden sollte, ist zu verbieten, so daß die Kriegsgefangenen ohne Hindernisse in ihr Vaterland zurückkehren können.

Die deutsche Regierung erwartet, daß die russische Regierung ihr mitteilt, daß die genannten Fragen durch die vorbezeichneten Maßnahmen geregelt sind.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Anfragen im Reichstage.

Die Abg. Gener und Knytel haben eine Anfrage eingebracht, in der sie feststellen, daß das Leipziger Garnison-Kommando den Unteroffizieren und Mannschaften das Lesen und Auflegen der „Leipziger Volkszeitung“ in Kasernen und Messenquartieren verboten hat, dagegen hat dieselbe Behörde 500 Exemplare der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ bestellt, die zu einem Preis von 65 Pfg. für den Monat abgegeben werden, während der eigentliche Bezugspreis 1,45 Mark für den Monat beträgt. Die Frage geht nun dahin, was der Reichskanzler dagegen zu tun gedenkt. Vielleicht kann der Kanzler gleich Aufklärung geben, wer die Differenz bezahlt.

Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Nuerbach.  
11. Fortsetzung.

Die treue Kameradschaft mit ihrem Jugendfreunde Munde, der ein ausgewandert und äußerst zartfüßiger Knabe war, trug viel dazu bei, eine gewisse Wildheit in das herrliche und heftige Wesen des Mübchens zu bringen. Als Franz zur Jungfrau zu reifen begann, war sie oft unbegreiflich schwermütig und still. In jener Zeit begann aber der Fruchthandel und bald darauf die Schafzucht Diethelms. Er nahm nun das Kind so oft als möglich mit auf seine Fahrten, und von da an lernte Franz das Leben außer dem Hause als das allein schöne ansehen und wurde Meisterrichter einer weltläufigen Verstellungskunst; denn wenn man den Diethelm erinnerte, zu welcher Stellung er, der frühere Knecht, gekommen war, verzichtete er nicht, sein häusliches Glück zu preisen. Schon mit ihrem fünfzehnten Jahre merkte Franz, die bald offenen, bald verklärten Verlobungen um sie, und sie verstand es, dieselben hinzuhalten, während sie dahinter den getreuen Munde am Bänkel führte und ihn in der Tat von Herzen lieb hatte. Denn Franz war bei alledem doch kein durchaus verdorbener Mensch, sie war gutherzig und arbeitssam, nach Laune oft bis zum Neberraus, sie hatte die Lust, zu schenken, wie ihr Vater; nur erschien ihr das, was man als Liebe pries, oft wie ein Possenspiel, sie sah es ja so vor sich bei ihren Eltern; sie glaubte nicht an einen Frieden, und alles war nur der Welt wegen, damit die draußen nichts merken. Wenn Jam und Hader zwischen den Eltern war, erging es ihr fast noch am besten, da wurde sie von jedem Gehärdet und durfte tun, was sie wollte; und wenn dann eine Verlobung stattgefunden hatte, in der sich jedes bestrebt, dem andern Jungs gegen beide herausgestreckt: sie wußte ja wohl, daß keine Friedsamkeit von Dauer war. Franz war in der Tat, wie sie schon Meibard auf dem Markt genannt hatte, ein Mädel. Ein Oberdeutscher weiß gleich, was es heißen will, und es wird ihm doch schwer, dies zu erklären; denn damit, daß es ein Wesen voll Tüden und Müden bezeichnet, ist noch nicht alles erschöpft, ist ja damit noch nicht dargelegt, daß man dem Mädel auch gut sein muß, man mag wollen oder nicht. Der Mädel kann bis zu einem gewissen Grad aufrichtig treuherzig sein, er kann es manchen Menschen antun, daß sie ihm zu Willen leben müssen, und wenn sie sich tausendmal darüber ärgern, und dann hat der Mädel seine besondere Freude, mit den Menschen zu spielen, sie gegeneinander zu heken, und wenn die Hände ausgebotten sind, daneben zu stehen, als ob er kein Wasserlein trüben könne. Das einzige Bestreben der Franz war nun, recht bald aus dem Haus und in recht schöne, reiche Verhältnisse hineinzukommen. Von den ländlichen Bewerbern, die sie ehedem kaum angesehen hatte, zeigte sich auf wunderliche Weise seit einem Jahre keiner mehr, und Franz, die vielgewanderte, fauchte sich auch, daß sie keine Lust habe, auf einem

einsamen Bauernhof ihr Leben zu verbringen, wo man froh ist, wenn eine Samenhandlerin kommt und einem von der Welt berichtet. „Engelwirtin! Das ist das Beste, aber nur bald, nur fort aus dem Haus.“ sagte sich Franz, während sie still spannt.

So verließ Franz auch jetzt wieder die Stube, und ohne sich deutlich zu machen, was sie wollte, ging sie vor das Haus, um vielleicht noch Munde zu sehen, der fast über sie gelolpert war, als er den Kronentaler empfing. Die Liebe des schönen, jungen Burshen, der sie mit den Augen verschlingen wollte, tat ihr wohl; sie zeigte doch, was sie noch vermöge, und wie sie, wenn sie nur wollte, an jedem Finger einen nach sich ziehen könnte. Am Stall hörte sie drin sprechen, das war die Stimme Munde, der in Verwünschungen seinen Bruder klagte, daß er nicht den Mut gehabt habe, dem Meister das Geldgeschäft vor die Füße zu werfen; er betrachtete ihn noch immer als Meister und wolle es auch wegen der Franz nicht mit ihm verderben. Meibard tröstete, so gut er konnte, und schalt über die Meistersleute, die zugrunde gehen müßten, und eben zog er über Franz los und sagte, daß in ihr keine getreue Ader sei; da trat Franz unter die Stalltür, und als hätte sie nichts gehört, rief sie dem Munde zu, sie wolle ihm noch „hüts Gott“ sagen, weil er wohl morgen früh abreise. Nach trat Munde heraus und hielt zitternd die Hand der Franz in seinen beiden Händen; er wollte eben sprechen, als man vom Hofe her Schritte vernahm, und halb widerwillig zog er die Franz mit sich fort in den Grasgarten hinter dem Schafstall. Nichtig kam Diethelm nochmals und schärfte dem Meibard ein, ja niemals bei Licht Heu vom Boden herabzuholen, er läge jetzt ein ganzes Vermögen auf dem ersten Speißer. Meibard machte ihm noch die Laternen zeigen, damit er wisse, daß keine Beschädigung sei, und er befohl ihm, sie morgenden Tages mit Drahtgitter überziehen zu lassen; dann kehrte Diethelm wieder ins Haus zurück. Unterdessen war Munde in seliger Liebe bei Franz. Er neckte ihn damit, daß sie wahrscheinlich Engelwirtin in G. werde, aber Munde schalt sie über diese Rederei und glaubte nicht daran. Als sie ihm sagte, daß sie ganz gewiß nach der Hauptstadt käme, um dort das Kochen und Nähen zu lernen, war Munde voll Jubels und gab Franz genau an, wo sie ihm Nachricht geben sollte, und Franz neckte ihn nicht mehr mit der Engelwirtin. Als sie ihm endlich den letzten Kuß gab und verschwand, rief ihr noch Munde nach: „Aber nur für heut.“ Franz kehrte wohlgemut ins Haus zurück. Wenn alle Stränge reißten, bleibt ihr noch der Munde, dessen war sie gewiß. Als Munde neben seinem Bruder in der Stallkammer lag, sagte dieser: „Und ich wötte meinen Kopf, der Diethelm will das Haus antreten, um wieder reich zu werden, drum ist er so ein Laternenwärtler; aber mich betrügt er nicht.“ „Set still, das darfst nicht reden, oder ich mag dir aufs Maul schlagen.“ rief Munde in größter Heftigkeit. „Du mir? Buble, wer bist du?“ rief Meibard und wußt! hatte

der Bruder einen Schlag weg, aber er steckte ihn ruhig ein, und sagte ein Wort zu sagen, stand er auf und machte sich mitten in der Nacht auf den Weg nach der Garnison.

Zehntes Kapitel.

Eine feste Friedsamkeit lag in dem Wesen Diethelms, als er am andern Morgen in seinen berühmten grünen Saffianpantoffeln im sonnigen Hofraum ungeschickte. Die Nacht, vor der es ihm so hellam bange war, ist glücklich vorüber, und so wird auch alles Sorgen und Jagen ein heiteres Ende nehmen, es gilt nur ruhig zuzuhalten und die glückliche Gegenwart zu genießen. Ein bedeutungsvolles Anzeichen kündigte sich eben jetzt an. Der Metzger, mit dem Diethelm vorgestern nicht handelsmäßig werden konnte, kam gerade den Hügel heran, hatte allerlei Ausreden, wie er zufällig daher komme, und begann nochmals einen geringen Kaufpreis anzubieten, aber Diethelm war klug genug, die Kaufkraft des Metzgers zu erkennen, und lagte hoch und fest: wenn nichts mehr herdet werde, halte er sein Wort und bleibe es bei dem auf dem Markte Besprochenen, wo nicht, wenn er nicht, bevor die Herde den Berg hinab ist, in die Hand einlagere, verlange er für jeden Hammel einen Gulden mehr. Der Metzger schlug ein, und Diethelm hatte schon am frühen Morgen dreihundert Hammel verkauft und dabei eine namhafte Summe gewonnen. Diethelm ging mit dem Metzger ins Feld und übergab ihm die gesondert gehaltene Herde, die jagleich nach der Hauptstadt getrieben wurde, und eben als er noch im Wirtshaus lag und dort die bare Bezahlung empfing, kam ein Wagen angefahren, und in die Stube trat bald darauf der Kaufmann Gäbler mit noch zwei Männern, die Diethelm als Oberkassierer vorgestellt wurden. Diethelm war sichtlich betroffen, aber schnell sagte er mit Entschiedenheit: daß er es mit dem Verkauften nicht so ernst gemeint habe, sein Haus läge so einödig, und er könne schon selber jede Feuergefahr abwenden und sei überhaupt entschlossen, die erworbenen Borräte bald wieder loszuschlagen. Der Kaufmann Gäbler widersprach heftig, und die Feuerkassierer, der Metzger und selbst der Waldhornwirt redeten Diethelm zu, er möge doch verzichten, da sei man für alle Gefahren geborgen, und der Zins sei so gering. Gäbler sagte schnell den Waldhornwirt beim Wort und hatte ihn bald gewonnen. Während nun die Fehnis im Wirtshaus aufgenommen wurde, eilte Diethelm heim, um seine Frau glücklich vorzubereiten. Er übergab ihr zuerst das eingenommene Geld für die Hammel und zeigte ihr zum erstenmal in seiner roten Schreitbajel den Einkaufspreis und ließ sie den Gewinn selber ausrechnen. Die Frau nickte zufrieden und verzahf eben das Geld in ihren Schrank, als Diethelm von der bald ankommenden Feuergefahr und der Fährnisübersicherung sprach. Wie gewaltig gepackt, schreie sich Martha um und lag ihrem Manne, der am Fenster stand, hart ins Gesicht, dann lehte sie sich rasch auf einen Stuhl, legte die Hände gefaltet in den Schoß und jammerte vor sich nieder: „Ist so weit?“

Fortsetzung folgt.

Von fortgeschrittlicher Seite ist eine neue Frage eingebracht worden, die dahin geht, welche Vorrechte getroffen werden soll, damit die Bewohner der Gebirgsorte im Riesengebirge durch die Einschränkung des Fremdenverkehrs nicht benachteiligt werden.

### Um das preussische Wahlrecht.

In der an anderer Stelle erwähnten Besprechung von Arbeitervereinen mit dem Reichskanzler erklärte letzterer, daß er mit dem preussischen Wahlrecht nicht einverstanden sei. Vor einigen Tagen noch habe sich der Kaiser ihm gegenüber geäußert, daß er nach wie vor unbedingte Zustimmung zum Reichswahlrecht vorgelegt habe.

### Der nationalliberale Parteitag.

Der gestern in Berlin tagende, nahm mit 119 gegen 127 Stimmen eine Entschließung an, worin er sich für das gleiche Wahlrecht im Rahmen der Regierungsvorlage erklärt. Er lehnte die Verantwortung dafür ab, wenn nationalliberale Abgeordnete nach der Entscheidung des Breitenfeldes als maßgebender Parteiinstanz durch ihre Abstimmung den Ausschlag gegen das gleiche Wahlrecht herbeiführen sollten.

Der Stimme enthalten haben sich anscheinend 18 Vertreter; die weiblichen Delegierten fallen ausnahmslos für das gleiche Wahlrecht. Es kam zu lebhaften Debatten zwischen den Anhängern und größtenteils schwerindustriellen Gegnern des gleichen Wahlrechts.

Man muß nun abwarten, wie sich die Sache weiter entwickelt. Werden die nationalliberalen Wahlrechtgegner im Reichstagsparlament sich diesem Beschlusse fügen oder werden sie sich außerhalb der Partei stellen?

### Ein konservativer Vorstoß gegen das Militärkabinett.

Seit langen Jahren spielt das Militärkabinett in den Beratungen des Reichstags eine ganz erhebliche Rolle. Zunächst eine Abteilung, die dem Kriegsministerium unterstellt war, ist aus dieser Einrichtung allmählich eine selbständige Dienststelle geworden, die zwar noch im Etat des Kriegsministeriums geführt wird, für die der Kriegsminister auch die Verantwortung zu tragen hat, auf die aber der Kriegsminister keinerlei Einfluß hat. Das Militärkabinett bearbeitet alle Angelegenheiten der Offiziere, insbesondere Beförderungen und Verabreichungen. Der Kampf gegen das Militärkabinett, eine Einrichtung, die in der Verfassung nicht im Einklang steht, wird zwar in der nächsten Zeit wieder mit aller Kraft aufleben. Es mußte deshalb großes Aufsehen erregen, als der konservative Abg. Neßel im Haushaltsausschuß konstatierte, daß selbst höhere Offiziere mit dem Militärkabinett unzufrieden sind. Zwar erhob sich der sehr wohlwollende Kriegsminister, um zu erklären, daß das Militärkabinett große Arbeit geleistet habe und daß Fehler überall unterlaufen könnten. Aber immerhin erregte es allgemeine Sensation, daß von konservativer Seite ein Vorstoß gegen diese Einrichtung unternommen wurde. Der Anlaß dazu hatte übrigens ein nationalliberaler Abgeordneter gegeben, der Abg. Schulenburg, der lebhaft Klagen darüber vorbrachte, daß Offiziere durch die Säubung des Militärkabinetts in der Beförderung zurückgesetzt worden sind. Auf einen Vorstoß von konservativer Seite mußte der Abg. Neßel allerdings gleich die einschneidende Bemerkung machen, daß er für seine Person keinen Abbruch tue.

### Neue Argumente gegen die Erteilung des Wahlrechts an die Frauen.

Die Verfassungscommission der Zweiten Kammer des Reichstags befaßte sich auch mit der Frage des Frauenwahlrechts zu den Landtagswahlen. Es lag ein Antrag vor, der die baldige Einführung des Frauenwahlrechts für den Landtag verlangte. Dem Antrag wurde von den Vertretern der Sozialdemokratie und der fortschrittlichen Volkspartei zugestimmt. Die Nationalliberalen traten nur für die Verleihung des Gemeindefremdenwahlrechts an die Frauen ein. Das Wahlrecht für die Landtagswahlen lehnten sie ab, weil bei diesem Wahlrecht infolge der Kriegsverluste die Zahl der weiblichen Wähler größer werde als die der männlichen. Auch ein Grund, und zwar ein ethisch-nationalistischer! Das Zentrum war, wie immer in solchen Fragen, gespalten. Sein Vertreter erklärte sich als Anhänger des Frauenwahlrechts, ein anderer Vertreter des Zentrums erklärte aber, im Namen der Mehrheit der Fraktion dem Antrage „grundschlechte“ Gegnerschaft. Die Regierung verhielt sich durchaus ablehnend, ebenso die sogenannte „rechtsstehende“ Vereinigung.

Der Antrag wurde mit 9 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

### Oesterreich-Ungarn.

Besetzte mit der Neubildung des Kabinetts befaßt. Alexander Bekerle wurde vom Könige mit der Kabinettsbildung beauftragt. Bekerle hat die Mission angenommen und sofort Verhandlungen eingeleitet. Er hatte bereits mit dem Grafen Tisza eine zweifelhafte Beratung. Bekerle hält auf Grund des Kompromisses in der Wahlrechtsvorlage ein Konzentrationskabinett zu bilden.

### Dänemark.

Reizende Neuwahlen in Dänemark. Nach den eben erlebten Volksrechtswahlen, die mit dem Siege der bürgerlich-radikalen und sozialdemokratischen Mehrheit endigten, kommt schon am 30. April die Neuwahl des Landthings, der ersten Kammer des dänischen Reichstags, an die Reihe. Da die neue Verfassung das Wahlrecht für den Landthing auf alle Männer und Frauen über 35 Jahre ausdehnt, hat diese Wahl eine erhöhte Bedeutung, und die dänische Sozialdemokratie vertritt im Besonderen Interesse. Sie geht in allen 116 Kreisen des Landes selbständig vor. Der neue Landthing zählt 72 Abgeordnete, von denen 18 aus dem alten Landthing übernommen werden. Die übrigen 54 Mitglieder gehen aus indirekten Verhältniswahlen hervor. Bei den am Dienstag stattfindenden Wahlen werden zunächst die Wahlmänner je einer auf 1000 Stimmberechtigten durch direkte und allgemeine Abstimmung nach dem Verhältnisystem gewählt. Sie treten dann in großen Wahlkreisen zusammen und bestimmen die Abgeordneten. Der Wahlkampf ist natürlich bereits für die Wahlmänner begonnen. Radikale und Sozialdemokraten müssen 2 von den 54 Mandaten erobern, um die Opposition der Konservativen und der Bauernpartei in der ersten Kammer zu unterbrechen.

### Schweden.

Der Vorschlag zur Einführung des Frauenwahlrechts ist in der Zweiten Kammer des Reichstags mit 120 gegen 50 Stimmen angenommen, von der Ersten Kammer jedoch mit 62 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Dadurch ist der Antrag gescheitert.

### Ueber die englische Arbeiterbewegung

Schreibt die „Frankfurter Zeitung“: Der Krieg hat wie so vieles andere auch die englische Arbeiterbewegung stark verändert. Die Arbeiterpartei ist bisher im Unterhause nur schwach vertreten; mit etwa 35 Mitgliedern, die sich zumeist den Liberalen angeschlossen haben. Da die englische Arbeiterpartei ganz anders zusammengesetzt ist als die deutsche und alle Grade umfaßt, nämlich christlichen Sozialismus bis zum radikalsten Sozialismus, spielte sie bei den Wahlen in der Regel keine selbständige Rolle. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dies nun anders werden. Die Arbeiterpartei will bei den nächsten Wahlen einige Hundert selbständige Kandidaten aufstellen, und so kann es geschehen, daß im englischen Unterhause das althergebrachte Zweiparteiensystem einer Dreipartei weicht: Unionisten, Liberalen und Arbeiterpartei. Es ist von Interesse, zu verfolgen, wie das gelommen ist.

Während in Deutschland die Arbeiterbewegung von Anfang an politischen Charakter hatte, stand in England die rein gewerkschaftliche Bewegung durchaus im Vordergrund. Lange Zeit hatten die Trade Unions nur ihre beruflichen Interessen im Auge und kümmerten sich um politische Fragen fast gar nicht. Erst im Jahre 1899, auf dem Gewerkschaftskongress in Plymouth, erfolgte die Gründung eines Labour Representation Committee, aus dem dann die Labour Party, die Arbeiterpartei, hervorgegangen ist. Neben den Gewerkschaften gab es damals drei sozialistische Organisationen, die Sozialdemokratische Föderation; die Unabhängige Arbeiterpartei und die Fabier. Die Sozialdemokratische Föderation war die radikalste Gruppe, unter der Führung Hyndmans; sie hat weder damals, noch später Einfluß erlangt. Die Unabhängige Arbeiterpartei war sozialistisch, aber nicht marxistisch, verwarf also insbesondere das Prinzip des Klassenkampfes und stand ihrer Psychologie nach dem ethisch-religiösen und demokratischen Empfinden der Trade Unions nahe; die Fabier, ein Kreis hauptsächlich von Intellektuellen, die sich für die Arbeiter Sache einsetzten und unter denen die Nechts und Bernard Shaw hervorragen. Diese drei Gruppen trafen in dem gewerkschaftlichen Komitee bei, und obgleich sie nach der Zahl ihrer Mitglieder einen ganz geringen Prozentsatz der organisierten Arbeiterbewegung ausmachten, erhielten sie doch in dem Exekutivauschuß eine erhebliche Anzahl von Stimmen und Einfluß. Die Sozialdemokratische Föderation hat sich dann wieder von dem Komitee getrennt, weil ihr die Sache nicht prinzipiell genug war, und sich später in die Britische Sozialistische Partei umgewandelt, ein großer Name, hinter dem nichts war. Beim Beginn des Krieges spaltete sich von ihr ein Teil ab, wieder unter Hyndman an der Spitze, und bildete eine extrem sozialistische Gruppe.

In jahreslänglichen Kämpfen hatten die englischen Gewerkschaften die gegenwärtigen Gewerkschaftsregeln erzwungen, die sie zu einer Art Kartell der Arbeiter machen. Im Kriege nun sind diese Regeln, die sie von den nichtorganisierten und ungeliebten Arbeitern ableiten, verurteilt worden. Es war eines der wichtigsten Verdienste von Lloyd George, daß er es fertig brachte, die Gewerkschaften zum Verzicht auf diese Regeln zu bewegen. Sicherlich wäre das nicht möglich gewesen, wenn Lloyd George nur der Maulredner wäre, als den man ihn im Kriege kennt. Aber er hat vor dem Kriege die englische Sozialgesetzgebung auf eine bedeutende Höhe gehoben und damit das Vertrauen der Arbeiter erworben. Später dann als Munitionsminister, als es sich um die Einführung der Munitionsgesetze handelte, die die Gewerkschaftsregeln befristeten sollten, machte er den Arbeitern auch alle möglichen Zugeständnisse: die Wiederherstellung der Gewerkschaftsregeln nach dem Kriege, Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Schiffe, der Bergwerke und anderer Betriebe, womit er bewies, daß drei Arbeiterführer in die Regierung eintraten. Aber wenn die Gewerkschaften in der ersten Zeit des Krieges noch glauben mochten, daß die Gewerkschaftsregeln später wieder hergestellt werden würden, so sind sie doch allmählich zu der Einsicht gekommen, daß die Auslieferung darauf nicht groß sein. Sie haben daher selbst die scharfe Forderung ausgegeben, die zwischen ihnen und den unorganisierten Arbeitern besteht. Dabei wirkten verschiedene Umstände mit. Einer der wichtigsten liegt darin, daß sich in der Kriegszeit eine neue Art von Arbeitervertretung herausgebildet hat, die der Gewerkschaften. Diese Vertretung entspringt, äußerlich betrachtet, etwa den deutschen Arbeiterausschüssen der einzelnen Betriebe, aber mit dem Unterschied, daß sie nicht auf gesetzlicher Unterlage beruht, sondern ganz aus der Initiative der Arbeiterzeit hervorgegangen ist, und zwar meistens im Gegensatz zu den Gewerkschaften, deren Führern man mißtraut. Daraus wählen die Arbeiter eines Betriebes ihre Shop Stewards, die dann mit den Betriebsleitern über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln haben. Begreiflicherweise ist diese Entwicklung den Gewerkschaften durchaus nicht erwünscht, aber es ist ihnen nichts anderes übrig geblieben, als sich damit abzufinden. Und die Regierung hat sich ursprünglich gewogen, mit den Shop Stewards bei Verhandlungen in Verbindung zu treten, hat dann aber doch zugelassen, daß sie von den offiziellen Gewerkschaftsführern zu Verhandlungszwecken eingeführt wurden.

Eine andere neue Strömung geht von der Bewegung der Industrial Workers of the World aus. Diese Bewegung besteht etwa seit zehn Jahren in den Vereinigten Staaten, hatte vor dem Kriege keine erhebliche Bedeutung, ist aber nach einem Artikel der „Morning Post“ in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren sehr stark geworden, hat auch in Australien und in England sich stark verbreitet. Das Blatt nennt die von ihnen ausgehende Gefahr fürchtbar, denn diese Bewegung neigt zu anarchischen, gewalttätigen Vorgehen und hat in Australien mit Gift und Brand gearbeitet. Ihr Führer in Amerika ist der leidenschaftliche Kriegsschrei Haywood, der nach amerikanischen Blättern mit großem Ehrgeiz arbeitet und eine Anhängerzahl von Hunderttausenden hat. Sie besteht zum großen Teil aus ungeschulten Arbeitern und nimmt den Kampf gegen die Arbeiterzeit der American Federation of Labour auf, die Hompers führt. Sie will von der Gewerkschaftsbewegung nichts wissen und verabschämt jedes Paktieren mit dem Kapital. In England scheint diese Bewegung allerdings noch nicht sehr verbreitet zu sein und sich zunächst auf literarische Propaganda zu beschränken, aber man trachtet sie, und so ist dies ein Moment, das die Haltung der englischen Gewerkschaften bestimmt. Denn es ist klar, daß die Gewerkschaften bemüht sein müssen, die Arbeiter, die ihnen noch nicht angehören, zu gewinnen, wenn sie nicht der ihnen, wie überhaupt aller Ordnung feindlichen Bewegung der Industrial Workers anheimfallen sollen.

Unter diesen Verhältnissen hat sich das Gefüge der Gewerkschaften, nützlich auch der Arbeiterpartei, während des Krieges vollständig gelöst. Die frühere Haupttätigkeit der Gewerkschaften, die wirtschaftliche Vertretung ihrer Mitglieder, ist während des Krieges ausgeklüffelt worden. Die Arbeiter wurden immer mehr auf den reinen Konsumentenstandpunkt gedrängt, da ja die Versorgungslage eine immer größere Rolle spielte. Somit begann die Forderung der Arbeiter sich mit denen breiterer Volksmassen zu decken, für die ebenfalls die Konsumfrage das dringlichste wurde. Auf diese Weise erklärt es sich, daß der Vorstoß den Gedanken einer Neuordnung der Partei auf breiterer Grundlage ins Auge faßte, auf einer Grundlage, die nach einem Ausspruch von ihm selbst einem Lord Stowell möglich machen soll, für die Arbeiterkandidaten zu stimmen. Solche Kandidaten sollen in zwei bis dreihundert Wahlkreisen aufgestellt werden mit dem Programm, das sich die Arbeiterpartei gegeben hat, und das etwa als nationaler Sozialismus bezeichnet werden kann. Die Forderungen, die darin aufgestellt werden, sind nicht allein radikal, sozialistisch, sondern auf eine ziemlich weitgehende Verstaatlichung und

Sozialismus abzielen, würden ihnen ohne weiteres zustimmen. Man kann also nicht sagen, daß es ein sozialdemokratisches Programm sei, aber es ist allerdings in einem weiteren Sinne Sozialismus. Die englische Arbeiterpartei ist nicht marxistisch, und es fragt sich, ob sie das jemals werde, wogegen verschiedene Ansichten sind. Aber der alte englische Individualismus, der bis zum Kriege gerade auch in der Arbeiterpartei einen starken Rückhalt hatte, ist nun in ihr dahin, und die englische Arbeiterbewegung tritt nun zum ersten Male in größerem Maßstabe als eine selbständige Partei auf. Damit beginnt eine neue Phase ihrer Entwicklung.

### Gewerkschaftsbewegung.

Die Vertreter der Arbeitergewerkschaften beim Reichskanzler. Der Reichskanzler hat nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ entsprechend einer schon lange gehegten Absicht, Sonnabend eine Anzahl Vertreter der Arbeitergewerkschaften aller Richtungen im Beisein des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtens empfangen, um ihnen Gelegenheit zu einer Aussprache über die die deutsche Arbeiterpartei berührenden Fragen zu geben. Es waren vertreten, die freien und die christlichen Gewerkschaften, sowie die Kolnische Berufsvereinigung, die wirtschaftsrechtliche nationale Arbeiterbewegung, der Verband der katholischen Arbeitervereine und der deutsche Gewerkschaftsbund.

### Aus Nah und Fern.

Eine Familientragödie spielte sich in Schöneberg-Bezirk ab. Dort wurden am Donnerstagabend der 42jährige Buchhalter Otto Herms, seine um sechs Jahre jüngere Frau und der 12jährige Sohn in der Wohnung im Hause Knauststraße Nr. 9 bewußtlos in den Betten aufgefunden, die Wohnung war mit Gas angefüllt. Während es gelang Herms wieder ins Bewußtsein zu rufen, blieben alle Bemühungen bei Frau und Kind erfolglos. Ueber der Bewußtlosigkeit zu der Tat verurteilt noch nichts, da Herms bisher noch nicht vernunftfähig war. Er war auf kurzen Urlaub gekommen und sollte Donnerstag wieder bei seinem Truppenteil einrücken.

Drei Zentner „Respektbogen“. Wie sehr der frühere sogenannte Respektbogen bei allen an Behörden gerichteten Schriftstücken „in Geltung“ ist, lehrt eine Maßnahme, die zurzeit beim Berliner Kaufmanns- und Gewerbegericht durchgeführt wird. Dort sollen die Akten aus vier älteren Jahrgängen eingeklopft werden. Vor ihrer Vernichtung werden sie jedoch einer Durchsicht unterzogen, bei der alle unbedruckten Blätter sauber herausgeschnitten und zum weiteren Gebrauch in der Bureauverwaltung und in den Gerichtsschreibereien aufbewahrt werden. Die Durchsicht aus vier Jahrgängen hat auf diese Weise bis jetzt nahezu drei Zentner zutage gefördert.

Drei Personen bei einer Gaseplosion getötet. Eine Gaseplosion, bei der drei Personen ums Leben kamen, hat sich in der Kaiserstraße 17 in Schöneberg bei Berlin ereignet. Im Erdgeschoss des Quergebäudes des genannten Hauses wohnt eine 30 Jahre alte Frau Marie Brandt, deren Mann im Felde steht, mit zwei Söhnen im Alter von 5 und 6 Jahren und einem erst einige Tage alten Säugling. Gegen Mitternacht wurden die Bewohner des Quergebäudes durch einen Knall aus dem Schlafe geweckt. Die Ursache der Erschütterung wurde in der Brandstiftung Wohnung ermittelt, aus der starker Gaseruch drang. Als Nachharn in die Wohnung eindrang, fanden sie Frau Brandt leblos am Boden liegend im Schlafzimmern, das vollständig mit Gas angefüllt war. Im Bette lagen die beiden Knaben, die ebenfalls tot waren. Der Säugling konnte wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Schwerer Bootsunfall. Nach Beendigung eines Fußballspiels stürzte gestern nachmittags auf dem Neckar oberhalb Ohlheim eine mit mehr als 60 Personen besetzte Fähre mit sämtlichen Insassen ins Wasser. Die meisten wurden gerettet. Die Zahl der Vermissten steht noch nicht fest. Sie wird auf 15-20 geschätzt. Drei Tote sind bis jetzt geborgen.

Drei Bergleute getötet. Durch einen Gesteinsbruch wurden in der Siegerländer Erzgrube „Eiserne Hand“ drei Bergleute erschlagen.

Vier Personen und fünf Dienstmädchen. Aus den Kreisen der Schichten, die uns im „Durchhalten“ voranleuchten, veröffentlicht die „Kölnische Zeitung“ Anzeigen wie diese:

Gelucht für herrschaftlichen Haushalt (Landhaus in Berliner Vorort) von vier Personen und fünf Dienstmädchen eine durchaus selbständige Küchen- Hauswirtschafterin, erfahren in gesamten Hauswesen, in der Aufsicht des Personals, in der reinen Küche, im Baden, Einmachen und Anrichten, Erklärliche Zeugnisse bedingend. Persönliche Vorstellung kann in Düsseldorf, Goldsteinstr. 24/25, bei Frau Wm. Faulenbach erfolgen. Schriftliche Angebote mit Lebenslauf, Zeugnissen und Photographie an Frau Bankdirektor Ulmer, Berlin-Dahlem, Jarandamweg 10.

Wohnungsnot infolge Fremdenzuflusses. Der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet aus Budapest: Infolge der Wohnungsnot und des Mangels an freien Hotelzimmern wurden dem Ackerbauminister und Bizebürgermeister Zwangsquartierungen vorgenommen. Die Budapestener Blätter weisen darauf hin, daß der Fremdenzufluß nach Ungarn außerordentlich groß ist.

### Literarisches.

Wie soll man wandern? Anleitungen und Winke von Engelbert Graf. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Preis 40 Pfg. — Das Buchlein erzählt in 2. Auflage, einer der seit seinen Jugendtagen viel große Fahrten gemacht hat, hat in diesem Buchlein zu Fuß und zu Fuß unsere wandererfreudigen Jugend und deren, die weiter und weiter sein wollen, aus seinen Erfahrungen mitgeteilt, was wissenschaftlich für das große Wandern ist. Jeden Wandererfreudigen, ob jung, ob alt, wird das Buchlein ein stets gern zu Rate gezogener Begleiter sein. Jede Buchhandlung liefert das Buchlein; direkt vom Verlag bezogen kostet es mit Porto 45 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Bezugspreis: 1. H. Sch. Wark. — Druck Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

### Entlassene!! Reklamierete!!

Zur Arbeit Beurlaubte!! Bergeht nicht eure Mitgliedschaft bei der Partei wieder aus und meldet sie zu erneuern!! Die schweren politischen Kämpfe um die freirechtliche Umgestaltung von Reich und Staat, sowie um eine bessere Zukunft der deutschen Arbeiterpartei und für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftens erfordert die Mitarbeit und Beitragsleistung aller Parteigenossen. Nur starke und leistungsfähige Organisationen sind zur Vorbereitung und wirksamen Führung unserer Kämpfe in Gegenwart und Zukunft in der Lage. Darum seid Euch des Ernstes unserer Zeit bewußt!! Meldet Euch bei den Vertrauensleuten der Partei oder direkt auf dem Parteibüreau, Johannstraße 50, zur Beitragsleistung und Mitarbeit wieder an.